

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944.
Anzeigenpreis die 3gespaltene Petitzeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seidenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementsbestellungen
s. sind an die Geschäftsstelle Seidenstraße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Au die Verbindungen der christlichen und nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten Deutschlands!

In Ausführung des Beschlusses des ersten Deutschen Arbeiterkongresses vom Oktober 1903 in Frankfurt am Main berief der Unterzeichnete Ausschuss im November vorigen Jahres den Deutschen Arbeiterkongress für den 20. Januar und ff. nach Berlin. Die unerwartete Auflösung des Deutschen Reichstages und der nachfolgende harte Wahlkampf ließ es nun im Interesse der Befreiungen unseres Kongresses ratsich erscheinen, den Kongress zu vertagen. Nunmehr berufen wir endgültig zum 20., 21 und 22. Oktober 1907 den

Deutschen Arbeiterkongress

zum zweiten Male nach Berlin.

Zu demselben laden wir außer den Verbänden, die an dem Frankfurter Kongress teilgenommen haben, alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten ein, die mit uns auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, gewerkschaftliche Grundzüge anerkennen und eine Fortführung der sozialen Reform anstreben.

Die Verhandlungen finden in den Germania-Festhallen zu Berlin N., Chausseestraße 103, statt.

Zur Beratung stehen folgende Punkte:

1. Bericht des Ausschusses (Berichterstatter Franz Behrens-Essen).
2. Die allgemeine sozialpolitische Lage (Berichterstatter Adam Stegerwald Cöln).
 - A) Die Sonntagsruhe (Berichterst. Richard Döring-Hamburg).
 - B) Arbeiterschutz in der gesundheitschädlichen und schweren Industrie (Berichterstatter Franz Wieber-Duisburg).
 - C) Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (Berichterst. Franz Jiskaer-Mühlhausen-Elsh).
 - D) Die Arbeiterinnenfrage (Berichterstatterin Fräulein Graß-M.-Glabach).

Es soll dem Kongress vorbehalten bleiben, als Punkt etwa noch einen Bericht über die dem Reichstag vorliegenden sozialpolitischen Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Eröffnung des Kongresses wird auf Sonntag, den 20. Oktober 1907, vormittags 11 1/2 Uhr angesetzt, bis zu welcher Zeit sich die Herren Vertreter in Berlin einfinden wollen. Die Anzahl der zu entsendenden Vertreter kehrt den einzelnen Verbänden frei. Sollte namentliche Abstimmung beantragt werden, so ist natürlich die Zahl der vertretenden Mitglieder entscheidend.

Jedes glauben wir, die Abstimmungsart den einzelnen Verbänden überlassen zu sollen. Diese können dann ihr Stimmrecht einem Vertreter übertragen, oder dasselbe auch auf mehrere Vertreter, entsprechend der von ihnen vertretenen Mitgliederzahl in den verschiedenen Landesgebieten, verteilen.

Als Vertreter zugelassen werden nur dem Stande der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten angehörende Personen und aus diesem Stand hervorgegangene Organisationsbeamte.

Es liegt im Interesse der ganzen Veranstaltung, daß der Kongress möglichst zahlreich besetzt wird.

Wir ersuchen alle teilnehmenden Vereinigungen, bis 15. September 1907 dem unterzeichneten Vorsitzenden die Zahl und Adressen der zu entsendenden Vertreter, sowie die Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder mitteilen zu wollen.

Die Vorträge und Anträge werden gedruckt und während 14 Tage vor dem Kongress allen teilnehmenden

den Vereinigungen, und deren Vertreter übermittelt werden.

Mit kollegialem Gruß!

Der Anschluß des Deutschen Arbeiterkongresses:

Franz Behrens, Essen, Adam Stegerwald Cöln, Vorsitzender. Schriftführer

Wilhelm Schack, Hamburg, Rechnungsführer

Marg. Behm, Berlin. Joh. Giesberts, M.-Glabch.
H. Kirchberg, Mühlheim. Friedr. Kloos, Rastatt.
Peter Molz, Trier. C. W. Schiffer, Düsseldorf
Heinr. Wenz, München. Emil Sartwig Hagen i. W.

NB Alle Zuschriften und Einsendungen sind an Frau Behrens, Essen-Ruhr, Breitenstraße 21, zu richten.

Mehr Arbeiterschutz für die Hütten- und Walzwerksarbeiter.

Die am 11. August in Duisburg stattgefundenen Konferenz der Hütten- und Walzwerksarbeiter Deutschlands, über die wir in voriger Nr. schon kurz berichtet haben, hat in der Öffentlichkeit die größte Beachtung gefunden. Die gesamte Tagespresse hat in eingehender Weise über die bedeutende Tagung berichtet und, was anerkannt werden soll, in ziemlich objektiver Weise. Die kölnische Zeitung, das offizielle Unternehmer- und offiziöse Regierungsorgan, brachte in ihrer Nr. 348 im Hinblick auf die Konferenz einen von einem Fachmann herrührenden Leitartikel, der sehr objektiv gehalten ist und sich mit dem Hinweis auf Konkurrenzrücksichten gegen den Achtstundentag richtet. Auf diesen Artikel, wie überhaupt auf die Haltung der Presse zu den Verhandlungen und Beschlüssen der Konferenz wird noch zurückzukommen sein. — Zu dem summarischen Bericht in voriger Nr. sei nun zunächst das erste Referat des Kollegen Giesberts über die parlamentarische Aktion zu Gunsten der Hütten- und Walzwerksarbeiter nachzutragen. Er führte im wesentlichen folgendes aus:

Ich freue mich sehr, daß die Konferenz einberufen und uns heute die Gelegenheit geboten ist, die Gedanken und Wünsche der Vertreter der Hütten- und Walzwerksarbeiter kennen zu lernen. Durch Bundesratsverordnungen sind in einigen Punkten Regelungen der Verhältnisse erreicht worden, aber es fehlen noch alle und jede Bestimmungen über die Arbeitszeit und die gesundheitlichen Einrichtungen und hier muß unbedingt eingegriffen werden. — Für andere Gewerbe sind bereits diesbezügliche Bestimmungen erlassen worden, z. B. für das Bäcker- und Gastwirtsgewerbe usw. Als diese Bestimmungen erlassen werden sollten, gingen umfangreiche Erhebungen voraus und ein solches Vorgehen ist korrekt, da hierdurch die nötigen Unterlagen geschaffen werden, wodurch es möglich ist, die Gesetze gut auszubauen.

Bei einem Vergleich der deutschen Sozialgesetze mit denen des Auslandes stehen die ersteren im Vordergrund, aber trotzdem ist lebhaft zu beklagen, daß in den letzten Jahren ein so langjames Tempo eingeschlagen worden ist. Manche Frage ist spruchreif und doch zögert die Regierung, den letzten Schritt zu tun. Die Verabschiedung des Grafen Baudouin ist ein Beweis dafür, daß reaktionäre Einflüsse am Wirken sind und wir Arbeiter nicht allzu vertrauensselig sein dürfen.

Die Bewegung zugunsten der Hütten- und Walzwerksarbeiter beginnt mit der Zeit, wo der christliche Metallarbeiterverband in die Bezirke Eingang fand, wo diese Industrie vorhanden ist. Der christliche Metallarbeiterverband erkannte sofort, welche wichtige Fragen in dieser Beziehung zu lösen seien und er war unerschrocken bemüht, an der Lösung zu arbeiten. Im Jahre 1904 nahm er auf der 3. Gene-

ralversammlung in Offenbach eine Resolution an, worin der Achtstundentag für die Feuerarbeiter verlangt wurde. Ein Jahr später, im Jahre 1905, beantragten die Sozialdemokraten die Erhebung statistischer Aufnahmen über die Verhältnisse in der Hütten- und Walzwerksindustrie und der Reichstag stimmte dieser Forderung zu, trotzdem ist bis jetzt noch nichts geschehen.

In der letzten Reichstagsession wurden von drei Parteien Anträge zugunsten der Hütten- und Walzwerksarbeiter gestellt; ein Beweis, daß der vorliegenden Frage immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Zentrumspartei hat im Reichstage die Forderung gestellt, daß Erhebungen über die Verhältnisse in den Hütten- und Walzwerken vorgenommen werden sollten und daß auf Grund des erzielten Materials Bundesratsverordnungen erlassen werden sollten, die die Mißstände beseitigen würden. Die Sozialdemokraten wollten sofort Bundesratsverordnungen erlassen wissen, und hatte der Deutsche Metallarbeiterverband eine Denkschrift eingereicht, welche die Forderung begründen sollte. Diese Denkschrift genügte jedoch nicht, um darauf solche Verordnungen aufzubauen und muß deshalb weiteres Material beschafft werden. Der Gesetzgeber muß Klarheit haben, sonst ist es nicht möglich, gute Gesetze zu schaffen. Diese Klarheit kann nur geschaffen werden, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer vernommen werden, wie dieses auch bei anderen Gewerben geschehen ist. — Die im Reichstag beantragten Resolutionen, welche diese Erhebungen forderten, sind angenommen worden, es ist nur zu bedauern, daß der Staatssekretär keine bindenden Erklärungen abgegeben hat, er wolle erst sehen, welche Ergebnisse die vom preussischen Handelsminister versprochenen Erhebungen ergeben würden.

Es kann nicht Aufgabe der Regierung sein, nur beim Kleinergewerbe und bei den Handwerkern regelnd einzugreifen, so notwendig auch dort die Regelungen seien, aber der Staat dürfe nicht vor der Großindustrie halt machen. Hier sind die Mißstände so klar, daß ein vorher nicht angemeldeter Besuch in den Werken seitens der Herren vom grünen Tisch, Zustände entrollen würde, welche die Aufstellung von Fragebogen vielfach überflüssig machen würden.

Die Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken sind durch die schwere Arbeit, die lange Arbeitszeit und ein drakonisches Regiment so niedergedrückt, daß sie in manchen Bezirken nur schwer für die Organisationen zu gewinnen sind, in letzter Zeit ist es in manchen Bezirken besser geworden, doch es muß noch viel mehr geschehen. Die Forderungen der christlichen Arbeiter sind durchführbar. Das muß anerkannt werden. Vor kurzer Zeit schrieb ein den Arbeitgebern nahestehendes Blatt, die Arbeitgeber hätten von den Erhebungen nichts zu fürchten und es würde sich herausstellen, daß die oft in Versammlungen erhobenen Vorwürfe und Klagen übertrieben seien. Wenn dieses die Herren wirklich glauben, dann mögen sie mit auf schleunige Vornahme der Erhebungen hinwirken.

Wie ungesund die Verhältnisse in den Hütten- und Walzwerken sind, dürfte daraus hervorgehen, daß auf jeden Krankheitsfall 13—18 Krankheitsstage fallen. Und doch habe man es bei den Hütten- und Walzwerken mit einer Industrie zu tun, die nur die gesündesten und kräftigsten Arbeiter gebrauchen kann. Bei einer Besprechung dieser Frage im Reichstage wurde gesagt, daß die Industrie weniger Soldaten stelle, wie die Landwirtschaft, worauf Abg. v. Sturm erwiderte, er sei bereit, einige Duzend seiner Hütten- und Walzwerksarbeiter kommen zu lassen, wodurch er den Beweis liefern würde, daß es sich um gesunde und kräftige Arbeiter handele. Leider vergaß der Herr mitzuteilen, daß es sich um Arbeiter handelte, welche vor ihrer Einstellung in die Werke ausgemustert und auf ihren Gesundheitszustand genau untersucht worden sind.

In keiner Industrie ist die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle so groß, wie in der Hütten- und Walzwerksindustrie. Man sage nicht, wer mit Feuer umgeht, kann sich verbrennen, und lege die Hände in den Schoß, sondern wo die Unfallgefahr ständig besteht, muß zugeariffen werden, deshalb verlangen wir

unter 3 bis 3 Erhebungen über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, Zahl der (monatlich, jährlich) verfahrenen Schichten, Anfang der Ueberarbeit, Zahl der daran beteiligten Arbeiter und der auf den einzelnen entfallenden Ueberstunden resp. Ueberstunden.

Wir verlangen genaue Erhebungen, damit auch der wirkliche Zustand festgestellt wird. Die Ueberstunden, Ueberarbeiten etc. müssen vollständig angegeben werden, dann wird der Beweis geliefert werden, daß in keiner anderen Industrie eine so ausgedehnte Arbeitszeit herrscht, wie in der Hütten- und Walzwerkindustrie. Wäre es bloß die 12 stündige Schicht, so wäre es schon schlimm, aber diese Schichtdauer wird noch gewaltig überschritten. Wir erstreben deshalb den

achtstündigen Arbeitstag

für die Feuerarbeiter in den Hütten- und Walzwerken. Bei dem Kampf im Berliner Bauergewerbe wurde gesagt, die Forderung des Achtstundentages sei eine sozialdemokratische Forderung, dieses ist unrichtig, denn diese Frage wird nicht vom politischen Standpunkt aus entschieden, sondern nach praktischen und hygienischen Grundsätzen. Wir sind deshalb auch nicht Vertreter des Achtstundentages für alle Gewerbe, aber wenn der Nachweis gelingt, daß das Erwerbsleben den Achtstundentag erlaubt, muß dieser auch eingeführt werden. Im kaufm. Gewerbe war früher der 11-12 stündige Arbeitstag Regel, heute nicht mehr, da immer mehr Firmen zu kürzeren Arbeitszeiten übergehen. Bei der achtstündigen Bureauzeit, die bald allgemein eingeführt ist, denkt und spricht kein Mensch von einer sozialdemokratischen Einrichtung. Im Bergbau ist durchweg die 8 stündige Schicht eingeführt, allerdings wird die Seilfahrt noch nicht eingerechnet.

Die Hüttenwerke können nicht aussetzen, deshalb läßt sich nicht einfach dekretieren, die Arbeitszeit wird auf 10 Stunden eingeschränkt, deshalb verlangen wir genaue Erhebungen, und der heutige Tag soll durch Fachleute den Beweis liefern, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit möglich ist. Ferner müssen die Erhebungen ergeben, wie es mit den Umkleeräumen, Bedürfnisanstalten etc. aussieht und überall, wo sich Mängel zeigen, muß Abhilfe geschaffen werden.

Ferner müssen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und deren Durchführung genau geprüft werden, es wird sich ergeben, daß wir keine Forderung ins Blaue hinein stellen, sondern daß wir nur Erreichbares verlangen. Bei den Hütten- und Walzwerken handelt es sich um Riesenterwerke, die das Rückgrat der Industrie bilden. Hier haben wir es nicht mit kleinen Kräutern zu tun, die selbst um ihre Existenz kämpfen müssen, sondern mit den

leistungsfähigsten Großkapitalisten

und eine übertriebene Rücksicht ist hier nicht angebracht und auch durchaus nicht notwendig. Wir christlichen Arbeiter sind keine prinzipiellen Gegner des Kapitals, aber wogegen wir uns wenden, das sind die Auswüchse des kapitalistischen Systems.

Wir verlangen, daß die Regierung nicht stille steht vor dem großen Kapital, auch nicht vor dem Unstand, daß der eine oder andere große Arbeitgeber dem Staate Dienste geleistet hat, das Gesamtwohl muß in erster Linie entscheidend sein.

Bei einer Unterredung mit einem Werksbesitzer aus der alten Schule wurde von diesem gesagt, die Arbeiter verlangen jetzt sogar prachtvoll eingerichtete Badeanstalten. Wir erklären, daß wir keine Warmbäder verlangen, aber daß wir aus gesundheitlichen Gründen Badeeinrichtungen verlangen, ist selbstredend. Wir verlangen deshalb genaue Erhebungen über die Badeeinrichtungen und strenge Bestimmungen über deren Einrichtung. Wir betrachten die Badeeinrichtungen nicht als Wohlfahrtsanstalten, sondern als ein dringendes Bedürfnis und selbstverständlich.

In Bezug auf die jugendlichen Arbeiter verlangen wir ein striktes Verbot der Nachtarbeit bis zum 18. Lebensjahre. Ein solches Verbot ist unter allen Umständen durchzuführen, damit die Jugend gesund und kräftig erhalten bleibt.

Bezüglich der Wohlfahrtsanstaltungen erkennen wir an, was wirklich gut ist, aber leider Gottes sind die meisten dieser Einrichtungen nicht Rosen, sondern Sclavenketten. In erster Linie ist dieses bei den Werkwohnungen der Fall. Hier muß bestimmt werden, daß die Kündigung der Werkwohnungen den ortsüblichen Bestimmungen entspricht und nicht mit dem Aufhören des Arbeitsvertrages auch sofort der Mietvertrag endet. Schon im Interesse des guten Rufes sollten die Arbeitgeber dazu übergehen, die Beiträge so zu regeln, geschieht dieses nicht, so muß die Gesetzgebung eingreifen.

Auch auf dem Gebiete des Pensionswesens müssen Reformen durchgeführt werden. Die Arbeiter sind gezwungen diesen Kassen beizutreten und heute sind beim Austritt aus den Werken die oft lange Jahre hindurch gezahlten Beiträge verloren. Hier muß den Arbeitern entweder das Recht gegeben werden, auch nach dem Austritt aus den Betrieben Mitglied der Kassen zu bleiben, oder es muß ihnen ein Teil des Beitrages zurückerstattet werden. Ueberhaupt muß den Arbeitern ein Mitverwaltungsrecht eingeräumt werden und die Kassen dem Aufsichtsrat für Privatversicherung unterstellt werden. Manche der jetzt bestehenden Pensionskassen sind geradezu ein Loch für

den Arbeiter. Bei der Firma De-Wendel gibt es eine Pensionskasse, laut welcher ein Arbeiter nach 15 jähriger Tätigkeit mit Löhne 75 Mk. und nach 30 jähriger Tätigkeit mit 150 Mk. pro Jahr pensioniert wird!! Es steht den Arbeitern dann noch frei gegen geringen Tagelohn als Hofarbeiter beschäftigt werden. Solche Ertragskassen können doch wahrhaftig nicht als Wohlfahrtsanstaltungen bezeichnet werden.

Sollen für die Arbeiter der Hütten- und Walzwerkindustrie Fortschritte errungen werden, so müssen sie selbst Hand mit anlegen. Bleiben sie ruhig wie bisher, zeigen sie nicht Mannesmut, so werden auch die Erhebungen kein richtiges Bild ergeben, und es wird dann den Arbeiterfreunden im Reichstage nicht gelingen, bedeutende Fortschritte zu erreichen. Erst wenn die Arbeiter sich zahlreich den gewerblichen Organisationen anschließen, werden die arbeitervereinerlichen Parteien den nötigen Rückhalt im Parlament und die ganze Aktion den gewünschten Erfolg haben. (Lebhafte Beifall.)

Die sehr sachliche aber doch entschiedene Sprache der Giesbertschen Rede hatte auch auf die anwesenden Nichtarbeiter, unter denen sich außer den Abg. und dem Herrn Gewerbeinspektor u. a. auch eine Anzahl von Ingenieuren, Betriebsleitern und Werkmeistern von größeren Hütten- und Walzwerken befanden, ihre Wirkung nicht verfehlt. Hierauf folgte dann noch in der Vormittagsitzung das Referat des Kollegen Wieber über die derzeitige Lage in den Hütten- und Walzwerkbetrieben. (Diese Rede wird in der nächsten Nr. auszüglich zum Abdruck gelangen. Red.) Nach der Mittagspause begann sofort die Debatte, an der sich von den Delegierten die Vertreter der Bezirke Essen, Hamm, Duisburg, Bochum, Düsseldorf, Köln, Dortmund, Siegerland, Aachen, Saargebiet, Lothringen, Bielefeld-Osnabrück, Ostpreußen und Württemberg beteiligten.

Herr Gewerbeinspektor Schnöpf griff mehrmals in die Debatte ein. Er betonte zunächst sein großes Interesse an den heutigen Verhandlungen. In den wesentlichsten Punkten könne er den Ansichten der Referenten zustimmen, nur sei es für ihn noch eine Frage, ob der Achtstundentag im Hinblick auf den Mehrbedarf an Arbeitern praktisch durchführbar sei. Die gewaltigen Steigerungen der Unfallziffern sei auf Grund seiner Untersuchungen auf den erheblichen Arbeitermangel zurückzuführen. Die große Mehrzahl der Unfälle ereigne sich in der ersten Zeit nach der Einstellung. Da von der Konferenz verlangten Erhebungen würde er begrüßen, und die gewissenhaften und modernen Werksbesitzer hätten solche doch auch nicht zu scheuen, im Gegenteil, sie würden auch ein Interesse daran haben, daß die Spreu vom Weizen gesondert würde. Der Redner, dessen Ausführungen von großer Sachkenntnis zeugten, wünschte einen noch regeren Verkehr zwischen Arbeitern und Aufsichtsbeamten, dadurch könne gewiß mancher drückende Mißstand beseitigt werden.

Auf die Bedenken des Herrn Gewerbeinspektors bezüglich Arbeitermangel für den Achtstundentag erwiderte Kollege Wieber, daß ein großer Arbeitermangel im landläufigen Sinne nicht bestehe. Die letzten Jahre der übermäßigen Hochkonjunktur dürften hier nicht allein als Maßstab angelegt werden, da diese Zeit nicht als normaler Zustand zu betrachten sei. Mit der Schaffung geordneter und erträglicher Arbeitsverhältnisse würden die Hütten- und Walzwerke eine Hauptursache des Arbeitermangels beseitigen. Gering würde sich der Übergang von der zwölf- zur achtstündigen Schicht nicht plötzlich von heute auf morgen durchführen lassen, sondern, wie für alle größeren Veränderungen könne auch hier ein Uebergangsstadium eintreten. Bei einer Gruppe der Feuerarbeiter, nämlich den Hochofenarbeitern, die regelmäßig alle 14 Tage nach die 24-Stundenschicht machen müssen, würden bei der heutigen Arbeiterzahl von 38000 etwa 15 bis 16000 Arbeiter mehr notwendig sein, um den Achtstundentag einzuführen und damit die ununterbrochene 24stündige Schicht überflüssig machen und so den bisherigen schreiendsten Uebelstand beseitigen. Für die kapitalkräftigen Werksbesitzer mit einer Produktion von 10000000 Tonnen im Werte von annähernd 600000000 Mark im Jahre 1905 (1200000000 Tonnen im Jahre 1906) würde diese Reform zweifellos keine finanziellen Schwierigkeiten bereiten können. Der etwaige Hinweis auf Mangel an Arbeitskräften könne kaum als stichhaltiger Grund gegen die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ins Feld geführt werden.

Abg. Behrens erklärte, daß er der Hüttenarbeiterbewegung seit Jahren großes Interesse entgegenbringe. Er und seine politischen Freunde würden im Reichstage die Sache der Hütten- und Walzwerkarbeiter und Arbeiter fordern.

Daselbe betonte Abg. Raden, der dann auch noch besonders hervorhob, daß ihm der christl. Metallarbeiterverband stets Anregungen gegeben und Material verschafft habe, um die nötigen Reformen im Reichstage zu verlangen. Die Bundesratsverordnung für die Metallindustrie, die Bestimmungen betr. Sonntagsruhe in derselben Branche seien auf die Bestrebungen des christl. Met.-Verb. zurückzuführen. Derselbe könne daher mit Recht das Verdienst in Anspruch nehmen, auf diesem wichtigen Gebiete als erster auf dem Plan gewesen zu sein.

Herr Bezirkspräsident Surmann von den kath. Arbeitervereinen sprach seine Anerkennung über den bisherigen Verlauf der Konferenz aus und wünschte ganz besonders vom christl. Standpunkt des Seelsorgers, den Bestrebungen nach mehr Arbeiterschutz baldigen Erfolg.

Im Schlußwort sprach Kollege Giesberts die Hoffnung aus, daß die Regierung mit den Erhebungen nun bald Ernst machen möge. Wenn alle beteiligten Faktoren der guten Willen hätten und mitwirkten, dann könnten auch bald die beschämenden Mißstände, die heute hier aufgedeckt seien und unserer ganzen Kulturentwicklung ins Gesicht schlugen, endlich beseitigt werden. Redner wandte sich dann gegen den „Märkischen Sprecher“ (ein Unternehmerorgan) in Bochum, der aus Anlaß einer Hüttenarbeiterversammlung in Bochum, in der er als Referent erschienen war und auch der Abg. Due in die Diskussion eingegriffen und sich mit seinen Zielen einverstanden erklärt habe, den christlichen Arbeitern den Vorwurf gemacht habe, sie hätten Waffenbrüderschaft mit der Sozialdemokratie geschlossen. Diesen Vorwurf müsse er entschieden zurückweisen. Es gäbe kein Stand, der so scharfe und tiefgehende Trennungslinien gegen die Sozialdemokratie gezogen habe, als gerade der christliche Arbeiterstand, der aus sich heraus sich von der Sozialdemokratie emanzipiert habe. Wenn aber die christliche Arbeitererschaft berechtigte Mißstände abschaffen wollte, dann komme es nicht so sehr darauf an, wer ihr helfe, sondern daß ihr geholfen werde, ganz gleich ob von dieser oder jener politischen Parteirichtung.

Kollege Wieber dankte in seinem Schlußwort zunächst allen Delegierten und Gästen und sprach seine Freude über den glänzenden Verlauf der Veranstaltung aus. Die gründliche und sachliche Behandlung der Frage werde ihren Eindruck in der Öffentlichkeit zweifellos nicht verfehlen. Jetzt müsse auch endlich ermartet werden, daß seitens der Regierung die Frage in Angriff genommen werde. Mehr wie je und anderswo notwendig sei jedoch die Selbsthilfe für die Walzwerk- und Hüttenarbeiter, die leider schon zu lange geögert hätten. Die heutige Konferenz die ein Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Großindustrie Deutschlands bleiben werde, müsse wie ein Funke zünden und die unorganisierten Kollegen in den christlichen Metallarbeiterverband hineinführen. Mit einem dreimaligen brausenden Hoch auf unsern Verband wurde die bedeutsame Tagung geschlossen.

Arbeitslöhne.

Das statistische Amt der Stadt München hat in den letzten Jahren unter Mitwirkung der Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen eingehende Erhebungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der dortigen Arbeiter veranstaltet. Danach stellte sich für eine Gesamtzahl von fast 40000 gewerblichen männlichen Arbeitern der Durchschnittslohn nach absoluten und prozentualen Differenzen folgendermaßen:

Es verdienen 15-20 Mk.	6079 Arbeiter, d. i. 15,3 Proz.
20-25 Mk.	13435 Arbeiter, d. i. 34,0 Proz.
25-30 Mk.	13763 Arbeiter, d. i. 34,8 Proz.
30-35 Mk.	4449 Arbeiter, d. i. 11,3 Proz.
35-40 Mk.	1583 Arbeiter, d. i. 4,0 Proz.
40-45 Mk.	330 Arbeiter, d. i. 0,6 Proz.

Gut zwei Drittel der Münchener Arbeiter befinden sich sonach in den Lohnstufen von 20 bis 30 Mark. Ein Sechstel bleibt unter 20 Mark und ein anderes Sechstel hat mehr als 30 Mark Wochenlohn. Ueber 40 Mark verdienen aber nur verschwindend wenige Arbeiter. Unter 15 Mark Wochenlohn erhalten nur Lehrlinge und jugendliche Arbeiter. Diese Lohnverhältnisse bedeuten gegen früher eine erhebliche Besserung. Diese in der stürmischen Organisationsbewegung zu danken, die es vermocht hat, in zahlreichen Gewerben relativ günstige Tarifverträge durchzusetzen, über deren Bedeutung der Berichterstatter, Dr. Adolf Wülfel, bemerkt: Unvergleichlich bieten die Ge-

werbe, die den Tarifvertrag im weitesten Maße ausgebaut haben, die regelmäßigsten, günstigsten Arbeitsbedingungen: Baugewerbe, Holzgewerbe, Papiergewerbe, in außerordentlichem Maße graphische Gewerbe, dann zum großen Teil das Verkehrs- und Bekleidungs-gewerbe. Andererseits gewährt auch die Metall- und Maschinenindustrie, in der der Tarifvertrag meist nicht anerkannt ist, stabile Zustände, aber wohl nur insofern die Großindustrie in Betracht kommt. Weniger regelmäßig liegen die Verhältnisse in den Nahrungs- und Erziehungsgewerben, in der Gärtnerei und in einigen Branchen mit ungelerten Arbeitern. Von den in dieser Statistik behandelten ungefähr 62 000 männlichen Arbeitern unterstehen über 44 000 Tarifverträgen, also nahe an drei Viertel; da die Gesamtzahl männlicher Arbeiter wahrscheinlich nicht sehr wesentlich größer ist, so erhebt die außerordentliche Bedeutung des Tarifvertrags für den größten Teil der Münchener Arbeiterschaft."

Einen höheren Verdienst wie die Münchener Arbeiter erzielen die Hütten- und Walzwerkarbeiter im Duisburger Industriebezirk. Der Bericht der Handelskammer zu Duisburg macht über Arbeiterzahl und Lohnverhältnisse folgende Angaben:

Auf den Hüttenwerken in der Umgebung Duisburgs waren im Jahre 1906 24120 Arbeiter beschäftigt gegen 22 231 im Jahre 1905. Diese Zahl verteilte sich auf nachstehende Betriebe wie folgt:

A.-G. für Hüttenbetrieb	1905	1906
Gewerkschaft Deutscher Kaiser	451	546
A.-G. Phönix (Hütte in Saar)	7542	7828
Rheinische Stahlwerke Duisburg-Neiderich	4205	4567
Rheinische Stahlwerke, Abteilung Duisburg	4198	4460
Friedrich-Alfred-Hütte der A.-G. Krupp	710	812
Niederheinische Hütte	593	3975
Schalker Gruben- u. Hüttenverein (Vulkan)	989	1270
Hochfelder Walzwerk	290	353
	253	280

An Löhnen wurden gezahlt im Jahre 1906: 37 724 455 Mk. gegen 32 626 327 Mark im Jahre 1905. Das ergibt pro Kopf einen durchschnittlichen Arbeitsverdienst von 1564,03 Mk. gegen 1467,60 Mark im Jahre 1905. Ob in diesen Zahlen die Gehälter der Beamten mit einbegriffen sind, ist aus dem Bericht nicht ersichtlich. Mit dem Durchschnittsjahresverdienst von 1564 Mk. dürften die Duisburger Metall- und Hüttenarbeiter neben den Metallarbeitern des Essener Bezirkes mit an erster Stelle in ganz Deutschland stehen. Dieses günstige Ergebnis ist zum Teil der fortwährenden Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes zuzuschreiben, der ohne Unterlaß für die Besserung der Arbeitsverhältnisse eingetreten ist. Umso mehr verdient es auch getadelt zu werden, daß eine große Masse der Hüttenarbeiter bis heute der christlichen Metallarbeiterorganisation ferngeblieben ist. Bezahlen könnten sie ihre Beiträge, wenn nur der gute Wille und der erforderliche Gemeininn vorhanden wäre, das zeigt der vorstehende Bericht.

Im Bericht der Handelskammer zu Essen werden über die Firma Krupp folgende allgemein interessierende Mitteilungen gemacht. Am Anfang des Jahres 1907 betrug die Gesamtzahl der auf den Kruppischen Werken beschäftigten Personen einschließlich 5739 Beamten 64 354 (1. April 1906: 62 553 einschließlich 5065 Beamten). Von diesen entfallen auf die Gussstahlfabrik Essen mit den Schießplätzen 35 745 (35 377), das Grusonwerk in Budan 4768 (4603), die Germaniaerbst in Kiel 3510 (3961), die Kohlenzechen 9302 (8864), die Hüttenwerke 5035 (4286), Stahlwerk Lunen 891 (870), die Eisenstein-gruben 4638 (3823).

Die Durchschnittslöhne auf der Kruppischen Gussstahlfabrik betragen pro Kopf und Tag im Jahre 1902: 4,52 Mk., 1903: 4,56 Mk., 1904: 4,83 Mk., 1905: 5,12 Mk., 1906: 5,53 Mk. Auf 300 Arbeitstage gerechnet bleibt der Durchschnittslohn der Kruppischen Arbeiter hinter dem der Duisburger Hüttenarbeiter noch zurück, wenn die Angaben der Handelskammerberichte auf Genauigkeit Anspruch erheben können.

Neben diesen Löhnen in der Eisenindustrie nehmen sich die Löhne der Textilarbeiter als sehr niedrig aus. Der Geschäftsbericht der Rheinisch-Westfälischen Textilarbeitergewerkschaft für das Jahr 1906 berechnet den Durchschnittslohn auf 852,51 Mk. Eine große Steigerung haben die Textilarbeiterlöhne in den letzten zwei Jahrzehnten nicht erfahren.

Nach dem Berichte betrug der Durchschnittslohn eines Arbeiters im Jahre

1885/86 durchschnittl.	767,59 Mk.	1898	durchschnittlich	735,76 Mk.
1888	648,19	1900	"	576,91
1890	664,40	1902	"	722,06
1892	666,87	1904	"	804,43
1894	669,46	1906	"	852,51
1896	705,37			

Im dem einen wie dem andern Falle muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß es sich um Durchschnittslöhne handelt, ein Teil der Arbeiter mithin unter den angegebenen Sätzen verdient. Die Arbeiter der großen Eisen-Werke müssen sich auch stets dessen bewußt sein, daß eine Krise den Rückschlag bringen muß und daß sie schon aus diesem Grunde eine starke Organisation notwendig haben. Andererseits aber auch bei ihren Lohnverhältnissen um so mehr verpflichtet sind, ein Opfer für die allgemeine Hebung des Arbeiterstandes zu bringen, indem sie sich vollständig der Organisation, und zwar dem christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband anschließen.

Schlichtungskommission des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller.

Der Verband bayerischer Metallindustrieller veröffentlicht in verschiedenen bayerischen Tageszeitungen einen Entwurf zur Errichtung einer Schlichtungsorganisation, der als ein begrüßenswerter Anstoß zum Ausbau des Einigungswesens in der Metallindustrie bezeichnet werden kann. Einleitend wird der Plan folgendermaßen begründet:

„Die vielen und großen Arbeiterausstände der letzten Jahre haben ergeben, daß es für eine friedliche Verständigung an einem aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten, von beiden Seiten anerkannten Organ fehlt, das — jederzeit verhandlungsbereit — schon bei dem Auftreten von Meinungsverschiedenheiten schlichtend eingreifen kann. Die Gewerbegerichte haben nicht vermocht, sich zu solchen Vermittlungsstellen auszubilden; es mangelte ihnen einerseits die genügende Sachkenntnis und der Einblick in die maßgebenden Betriebsverhältnisse, andererseits waren sie nicht in der Lage, eine beiden Parteien genehme Verhandlungsvertretung zu schaffen.

Die Gewerbebetriebe in Nürnberg haben auftretende Meinungsverschiedenheiten schon wiederholt durch eine gemeinsame Kommission in friedlicher Weise geschlichtet und Ausstände damit verhindert. Wir erinnern an die für andere Bezirke geradezu vorbildlich gewordene Erledigung der Forderungen der Gießereiarbeiter im März 1905.

Es ist nun beabsichtigt, auf vorstehend angeführten Tatsachen und Erörterungen fußend, ständige, von beiden Seiten anzuerkennende Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Schlichtungs-Kommissionen) im Bereiche des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller zu schaffen, die Ausstände und Ausperrungen tunlichst zu verhindern suchen sollen.“

Der bis ins kleinste ausgearbeitete Statutenentwurf sieht drei Instanzen (Stufen) für die Schlichtungsorganisation vor. 1. die Werkskommission; 2. die Orts- (Bezirks-) Kommission; 3. die Hauptkommission. In jeder dieser drei Kommissionen sollen Unternehmer und Arbeiter durch ihre gewählten Ausschüsse vertreten sein. Den Vorsitz führt in der Werkskommission die Werkleitung, in der Ortskommission der Vorsitzende der Ortsgruppe der Arbeitgeber, in der Hauptkommission der Vorsitzende des Verbandes Bayer. Metallindustrieller. Die Berufung der Kommissionen muß erfolgen, sobald sie von einem der beiden Ausschüsse, aus denen jede Kommission besteht, verlangt wird. Die Arbeiter stellen zu jeder Kommission 7 Vertreter. Im Werksauschuß sollen die von den Arbeiterauschüssen, oder wo ein solcher noch nicht besteht, von den volljährigen Arbeitern des Betriebes gewählt werden. Die Ortsauschüsse, deren drei (je für Nürnberg, Augsburg und München) vorgesehen sind, sollen von den Vorsitzenden der Werksauschüsse gebildet, resp. gewählt werden. Die Vertreter der Arbeiter im Hauptauschuß sollen aus den drei Vorsitzenden der Ortsauschüsse, dann noch zwei weiteren aus Nürnberg und je einem weiteren Vertreter aus Augsburg und München bestehen. Die Wahl der Vertreter zu den Werksauschüssen soll nach dem Verhältniswahlsystem getätigt werden. Der Entwurf sagt darüber:

„Den verschiedenen Anschauungen der Arbeitnehmer soll dadurch Rechnung getragen werden, daß jede Gruppe (freie Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, keiner Gewerkschaft angehörige Arbeiter, Arbeitervereine usw.) auf Formulare, die von der Werkleitung 3 Wochen vor dem Wahltermin ausgegeben werden, Vorschlagslisten über je 7 Wahlkandidaten aufstellen kann. — Als Wahlkandidaten dürfen nur Arbeitnehmer bezeichnet werden, die mindestens 12 Monate im Dienste des Werkes sind. Die Bereitschaft, die Wahl anzunehmen, muß von jedem Wahlkandidaten durch Unterschrift auf der Vorschlagsliste erklärt werden, sonst gilt er nicht als vorgeschlagen. Wer auf mehreren Listen vorgeschlagen ist, gilt nur für die zuerst eingereichte Liste. Aus jeder Vorschlagsliste ist ein Mann zu benennen, der den Verkehr mit der Werkleitung pflegt.“

Die Werkskommissionen sollen bei Differenzen im Betrieb zunächst eine Einigung versuchen und falls dies nicht gelingt, soll die Angelegenheit von der Orts- (Bezirks-) Kommission in die Hand genommen werden. Letztere können auch aus eigener Initiative eingreifen,

wenn sie es als zweckmäßig erachten. Gemäß auch der Ortskommission die Beilegung der Differenzen nicht, dann hat die Hauptkommission einzutreten, die im übrigen jedoch nur bei Streitigkeiten grundsätzlicher Natur tätig sein soll.

Soweit die Hauptmomente des veröffentlichten Entwurfs. Wenn wir auch nicht jede Einzelheit desselben als gut, den ganzen Plan schon deshalb nicht als vollkommen betrachten können, weil die Anerkennung der Arbeiterorganisation als gleichberechtigt darin fehlt und dadurch eine große Lücke entsteht, so muß doch dieser Versuch zur gegenseitigen Verständigung mit Genehmigung verzeichnet werden.

Einspruch muß jedoch gegen eine Bestimmung des Entwurfs sofort erhoben werden, nämlich daß in allen Kommissionen der Vorsitz in den Händen der Unternehmer sein soll. Dadurch ist die Parität durchbrochen und das Übergewicht sofort auf Seiten der Arbeitgeber. Wir Arbeiter verlangen nicht, daß der Vorsitzende ein Arbeiter sein müsse, können aber mit Recht die Forderung aufstellen, daß der Vorsitzende eine unparteiische Person sein muß. Am besten würden sich dazu die jeweiligen Gewerbegerichtsvorsitzenden eignen. Zum mindesten muß dieses für den Vorsitz in den Bezirkskommissionen sowie in der Hauptkommission verlangt werden. Andernfalls würde auch das Vertrauen der Arbeiter selbst zu der ganzen Einrichtung in Frage gestellt, und das ist doch eine wesentliche Vorbedingung für eine segensreiche Arbeit der geplanten Einrichtung. Soll das Vertrauen der Arbeiter aber vorhanden sein, muß wahre Parität die Grundlage des ganzen Planes sein. Dafür bedarf schon der Titel der geplanten Einrichtung einer Änderung und würde einfach: „Schlichtungskommission für die bayerische Metallindustrie“ zu nennen sein.

Im übrigen werden die christlichen Metallarbeiter die geplante Schlichtungsorganisation als ersten Schritt, als eine Stufe zur weiteren Ausgestaltung des Einigungswesens in der Metallindustrie betrachten und als Abschlagszahlung in Empfang nehmen. Zu wünschen wäre, daß das Beispiel der bayerischen Metallindustriellen auch anderswo Nachahmung finden würde. Als gerecht muß insbesondere die Anwendung des Verhältniswahlsystems bei den Vertreterwahlen bezeichnet werden, mögen nun die Motive der Unternehmer sein, wie sie wollen.

Sehr unzufrieden ist mit diesem Umstand die sozialdem. „Metallarbeiter-Zeitung“, die in ihrer letzten Nummer den Entwurf kurz bespricht. Hier zeigt sich die ganze Unkonsequenz wie auch die maßlose Herrschsucht der führenden Geister im sozialdem. Metallarbeiter-Verband. Das sozialdem. Verbandsorgan nennt den Entwurf ein „schönes System... darauf berechnet, die unabhängigen Organisationen der Arbeiter, die freien Gewerkschaften, auszuschalten. Alles unter dem Scheine der Parität.“ Dann kommt die Hauptsache. Grollend läßt die „Metallarbeiter-Zeitung“ ihrer Herrschsucht die Zügel schießen und schreibt wörtlich:

„Eine wirkliche Parität kann auch nur dann erreicht werden, wenn die Arbeiter ebenso wie die Unternehmer als eine Partei erscheinen. Der Verband Bayerischer Metallindustrieller beabsichtigt, aber, durch sein „Proportionalwahlsystem“ einen Keil in die Arbeitererschaft — die gegenüber den Unternehmern nur ein gemeinsames Interesse hat — zu treiben.“

Wirkliche Parität ist also in den Augen der „Metallarbeiter-Zeitung“ nur, wenn die Arbeiter als eine Partei (lies: Partei der roten Genossen) erscheinen! Wirkliche Parität ist bei jenen Verfechtern der „Gleichheit“ und „Brüderlichkeit“, wenn starke Minoritäten unterdrückt und nur die stärkste Organisation zur Geltung kommen soll! Merkt denn die unbeduldsame, herrschsüchtige Stuttgarterin nicht, daß sie den eigenen, sonst im sozialdem. Lager vertretenen Prinzipien bezüglich der Verhältniswahl mit ihren gepulsten Auslassungen direkt ins Gesicht schlägt? Nicht nur Liebe, sondern auch Herrschsücht macht blind, wie Figura zeigt. Wer kann denn bei der Verhältniswahl, wie sie in dem vorliegenden Fall vorgesehen ist, von einer „Ausschaltung der freien Gewerkschaften“ reden? Mit dieser uninnigen Behauptung macht sich das Organ des freien Verbandes nur lächerlich. Nur der gelbe Neid, die unbändige Herrschsücht, kann ihm diesen uninnigen Klageruf entlockt haben. Dem Interesse der Arbeiter ist damit nicht gedient, darüber dürften sich auch die ernst- und ehrlichdenkenden Mitglieder des freien Verbandes klar sein. Die Herren Genossen müssen aber doch wohl oder übel allmählich einsehen und sich damit abfinden, daß es auch noch andere als sozialistische Verbände gibt, die auch von den Unternehmern berücksichtigt werden müssen. Fortwährende Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes ist das wirksamste Mittel, um die Intoleranz und Herrschsücht der sozialdem. Tribünen im Schach zu halten.

Ein Bankrott der „Berliner“ Theorie.

In Landeshut, einem Textilindustriestädtchen Schlesiens, hat sich in den letzten Wochen eine Bewegung abgespielt, die einen vollständigen Zusammenbruch der Berliner Antistreibee gezeigt hat.

Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen Landshuts leben in geradezu jammervollen Verhältnissen. Der „Arbeiter“, Sitz Berlin, übertreibt gewiß nicht, muß über Wochenlöhne von 4, 6—10 Mk. konstatieren. Bei 27 Familien stellte sich der Durchschnittslohn auf 456,17 Mk. jährlich, oder 9 Mk. wöchentlich. Daß davon keine Familien leben können und trotz erbärmlichster Lebensweise Schulden machen, muß selbst Sitz Berlin zugeben und der „Arbeiter“ (Nr. 30 läßt sich auch wie folgt vernehmen:

„Ein jeder Mensch, besonders wenn er Familienvater ist, ist aber verpflichtet, mit aller Kraft dahin zu streben, daß er für sich und die Seinen die notwendigen Mittel zum Lebensunterhalt erwerbe. Es war deshalb ein nur zu billiges Vorgehen der Landeshüter Textilarbeiter und Arbeiterinnen, daß sie um eine Besserung ihrer Lebensverhältnisse bei ihren Arbeitgebern einkamen.“

Das geschah denn auch. Die Arbeiter reichten gemeinsam ihre — übrigens recht bescheidenen — Forderungen ein. Doch die Fabrikanten ließen ihren Lohnslaven nicht einmal eine Antwort auf ihre Eingabe zukommen. Damit standen die „Nichtstreiker“ Berliner Couleur in der Sackgasse und waren mit ihrer Kunst fertig, denn — Streiken ist ja bei ihnen Todskunde. Sie hätten sich also weiter mit Wochenlöhnen von 4, 6 und 9 Mk. begnügen müssen, so wollen es die Mäcker der Fachabteilungen, so schreibt es deren Theorie vor. Wehrlos wären dieser Theorie gemäß die Textilsklaven dem prozigen Scharfmachertum ausgeliefert gewesen. — Muß es nicht ein jeder vernünftige Mensch als Hohn auf diese Berliner Antistreik-„Theorie“ bezeichnen, wenn die „Berliner“ in einem Flugblatt in Landeshut folgendes schreiben:

„Müssen wir uns für unsere Arbeitskraft so entlohnen lassen wie es den Arbeitgebern oder sonst jemandem gefällt? Das ist gegen Freiheit und Recht! Aber diese unsere Ansichten über Freiheit und Recht sind für Unsinn erklärt worden. Verbandsbrüder! Man hat behauptet, daß nur die Arbeitgeber und nicht die Arbeiter eine friedliche Beilegung des Streites wollen. gerade das Gegenteil ist der Fall. Wohl wollen auch die Unternehmer den Frieden, aber er soll erst dann eintreten, wenn die Arbeiter wirtschaftlich tot, wenn sie rechtlos gemacht sind. Einen derartigen Frieden können wir nicht erstreben, deshalb müssen wir uns wehren, müssen wir kämpfen um das Recht, daß man unsere Wünsche wenigstens anhört.“

Wenn nun der allernächste Fachabteiler den Gen. Dr. Fleischer, der in Landeshut die Fachabteilungen dirigiert, gefragt hätte: ja, wie sollen wir denn um unser Recht kämpfen, wenn wir nicht streiken dürfen, weil es Todskunde sein soll?, was würde dann der Herr Dr. diesem Schaflein geantwortet haben?

Doch hiermit allein war der Zusammenbruch der Berliner Theorie in Landeshut noch nicht gerrug erreicht. Als die Fabrikanten prozig den Herrenmenschen herauskehrten, legten etwa 200 Textilarbeiter die Arbeit nieder. Und nun kam das bezeichnete. Die Unternehmer, die vielleicht gerade wie die „Berliner“ den Streik als unmoralisch, als Todskunde betrachteten, hielten eine Aussperrung jedoch für sehr zweckmäßig und erlaubt und warfen nicht allein die christlich und sozial-moralisch Organisierten, sondern auch die „Berliner Nichtstreiker“ rücksichtslos auf die Straße.

Sitz Berlin geriet daraufhin ganz aus den Fugen. 370 Fachabteilungsmitglieder lagen auf der Straße, trotz ihrer Harm- und Bahullosigkeit, — aber in den Straßen war kein Geld, die paar Ausgesperrten zu unterstützen. Der „Arbeiter“ Sitz Berlin stimmte ein widerliches Lamento an und bettelte in zudringlichster Weise um freiwillige Spenden für die Ausgesperrten. Wörtlich heißt es in einem solchen Bettelauftrag in Nr. 30 des „Arbeiter“:

„Liebe Verbandsmitglieder und Gönner unseres Verbandes, die unsere Bestrebungen zu würdigen wissen! Sie alle, die Sie vom allbekanntesten Elend der Weber gehört haben, — an Sie ergeht unser Hilfseros. Es soll unsere katholischen Verbandschwestern uns bitterer Not zu retten. Es gilt auch sie dem Verbund zu erhalten! ... Die Gefahr liegt nahe, daß die Not sie veranlaßt, Streikgelder von sozialdemokratischen Organisationen anzunehmen, resp. denselben beizutreten. ... Wir dürfen sie Eurem Mitleid um so dringender empfehlen, als es sich nicht um Arbeiterinnen handelt, die unwillkürlich in den Kampf getreten sind. Die, für welche wir bitten, sind ohne Verschulden aus der Arbeit entlassen worden. ... Bei jeder Ver-

christliche Arbeit. Möge der Segen Gottes auch allen denen werden, die eine Liebesgabe spenden oder herbeibringen für unsere in Not geratenen Verbandsmitglieder!“

Wir fragen nur, ist ein solches aufdringliches Betteln und Winseln des Arbeiterstandes würdig?

Die Bewegung in Landeshut ist auf Grund von Verhandlungen nach kurzer Zeit beigelegt worden. Wenn die Unterneher hierbei noch einige scheinbaren Zugeständnisse machten, so ist das nur der Arbeitsniederlegung zu danken, wie in diesem Fall jeder Blinde fühlen kann. Jeder logisch denkende Mensch wird nun bestimmt annehmen müssen, die „Berliner“ würden auf Grund dieser Erfahrungen unumkehrbar das Unjämliche und Unhaltbare ihrer „Theorien“ einsehen und die Konsequenzen ziehen. Aber weit gefehlt! Im Gegenteil, und das ist noch das größte Kunststück, das „Sitz Berlin“ bis heute fertig brachte; jetzt bringt der Berliner „Arbeiter“ es fertig, folgendes der Deffentlichkeit vorzumachen:

„Nur bei Umstände, daß sich noch in letzter Stunde die friedlichen Grundzüge der katholischen Arbeiterbewegung Geltung zu verschaffen vermochten, ist der günstige Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital und die Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens in der gesamten schlesischen Textilindustrie zu verdanken.“

So hat wohl Eis heute noch niemand Tatsachen auf den Kopf zu stellen und auf die Dummheit der Arbeiter zu spekulieren gewagt. Mit solchen Leuten ist jede Auseinandersetzung unmöglich. Aber den harmlosen irreführenden Arbeitern muß es immer und immer wieder gesagt werden, daß sie auf einem falschen Weg geführt und um ihre „Freiheit und Recht“ geprellt sind, wenn sie jetzt von „Berliner Theorien“ umgarnen lassen.

Für denkende Arbeiter kann es hier nur heißen: Fort mit solchen Scheinorganisationen, die in der „Theorie“ existieren, aber praktisch längst bankrott sind und im Interesse der christlichen Arbeiter besser heute wie morgen von der Südschleife verschwinden.

Organisation et vie de famille.

Il ne peut être aucune question dont la réponse soit d'une si grande importance pour le bien ou le mal d'une organisation ouvrière, que celle-ci: Quelle est l'influence de l'organisation sur la vie de famille? La famille est le fondement de l'ordre de la société.

Lorsque nous avons une réponse favorable sur la question: quelle est l'influence d'un mouvement sur la vie de famille? nous avons directement la solution de cette question; quelle est l'influence d'une organisation sur la vie de famille? Une vie de famille tranquille et soignée dépend toujours de la façon avec la quelle le chef (père) de famille se conduit. Jetons seulement un regard dans une famille. Chaque grande ville, industrielle ou non, regorge de cette misère, occasionée par la propre faute des pères de famille. Il n'est même pas nécessaire d'aller dans les grandes villes, pour trouver des cas, vie le père de famille dépense la plus grande partie de son salaire dans des gargottes insalubres et mal famées, ou dans des sociétés de plaisirs et de débauches. Ils s'en trouvent parmi les débiteurs, de ces grands hommes, qui aident l'ouvrier à se débarrasser de son argent péniblement gagné. Et l'organisation? Elle prévient toujours l'ouvrier de ces sociétés de plaisir et mène une campagne contre l'alcool, contre l'abus de l'eau de vie. Elle prêche sans cesse à l'ouvrier ses droits et ses devoirs, et le conduit vers un but plus élevé. De sérieuses questions des aspirations des classes ouvrières ne peuvent jamais être résolues dans l'air empesté et malsain des auberges. Voilà pourquoi l'organisation dit toujours: Ouvriers, évitez l'alcool! Fuyez l'eau de vie! L'alcool de tourne le père de sa famille, l'organisation veut resserrer les loens de famille, en abrégant les trop grandes journées de travail et en donnant à l'ouvrier le temps de s'entretenir avec sa femme et ses enfants. Le père de famille n'a pas seulement le devoir de gagner le pain pour ses enfants à l'usine-chez lui l'attendent aussi de graves devoirs. Le père de famille, qui laisse à la mère le soin d'élever les enfants à elle seule, celui-la ne connaît pas ses devoirs les plus élémentaires. Les enfants ne peuvent être élevés convenablement, que lorsque le père y met aussi de sa bonne volonté. Sans organisation, à lui seul il n'arrivera jamais à la réduction des heures de travail afin de se procurer le temps nécessaire, pour se consacrer, en partie, à l'éducation de ses enfants. C'est justement ici qu'il faut que l'organisation y mette du sien, pour soutenir et encourager les faibles, en amenant une réduction

heures de travail. Regardons plus loin ce que fait l'organisation dans la vie de famille.

La paix de famille va (pour employer une expression forte), en grande partie „dans l'estomac“. Lorsque le père gagne assez pour subvenir au besoin de la famille, et que l'on peut mettre un peu d'argent de côté, alors sur la figure de sa chère moitié, il se trouve bientôt un brillant rayon de soleil. Mais, lorsqu'il faut penser avec une triste anxiété, où prendra-t-on l'argent pour les culottes du petit Charles? ou bien, pour les souliers de Julie? alors il arrive souvent, que l'on entend cerillones dans le ménage, et souvent, ces manques d'argent sont peu favorables à la paix de famille. L'organisation cherche encore là, à obtenir que l'homme puisse gagner assez, pour avoir de quoi subvenir honorablement au besoin de sa famille. Le père est, par la volonté de Dieu et le Droit de la nature, appelé à nourrir sa famille; et seulement par une solide organisation entre ouvriers, il peut arriver à l'avenir à une salaire convenable dans notre Lorraine si industrielle. Une fois que le mari, le père, est dans le cas de gagner assez pour entretenir sa famille, alors, il n'est plus nécessaire que la mère de famille soit forcée de travailler aussi, pour l'aider à gagner le nécessaire. Où reste donc la vie de famille lorsqu'une mère de famille est obligée de rester en dehors toute la journée, et de laisser à des mains étrangères le soin des enfants.

Cette partie de la question ouvrière sociale doit absolument être résolue dans un avenir prochain. Que veut donc l'organisation chrétienne? Elle veut donner la ménagère au ménage, et la mère aux enfants. Est-ce que cecin n'est pas un but noble? elle mériterait d'être inscrite en lettre d'or dans les annales de la vie sociale. L'organisation chrétienne travaille et agit uniquement dans l'intérêt de la famille. Chaque ami de l'ouvrier, chaque ami patriote, chaque ami de la pain de la famille, tâchera de soutenir ces vues et ces buts de l'organisation chrétienne. E. E.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Zur Verhandlungsfrage.

Im März d. J. Jahres beschloß der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller seinen Mitgliedern zu empfehlen, mit freigewählten Kommissionen der Arbeiter zu verhandeln und einen Vertreter d. i. Vertreter der Organisation zuzulassen. In mehreren Fällen haben die Unternehmer jedoch diesen Beschluß als Luft betrachtet und keinen Organisationsvertreter zugelassen, so auch noch bei der Metallarbeiterbewegung im Rheingebiet. Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen wollen auch nicht. In der in voriger Nummer schon erwähnten Konferenz der rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbände in Köln ist das zum Ausdruck gelangt. Das an die Deffentlichkeit gelangte Protokoll sagt darüber:

„Die Frage des Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen wurde gleichfalls gestreift. Von den meisten Anwesenden wurde betont, daß ihre Verbände der Verhandlungsfrage durchaus ablehnend gegenüberstehen. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß man mit der Bewilligung von Verhandlungen die nichtorganisierten Arbeiter in die Gewerkschaften dränge.“

Diese reaktionäre Stellungnahme wird erklärlicher, wenn man erfährt, daß die Metallindustriellen unter Führung des Herrn Dr. Beumer die Tonangebenden bei der betreffenden Versammlung gewesen sind. — Ein ganz anderer, fortschrittlicher Geist hat sich bei den Arbeitgebern der Holzindustrie Bahn gebrochen, die auf ihrer Generalversammlung Ende Juli in Hildesheim folgenden Beschluß faßten:

„Die Generalversammlung beschließt, alle bestehenden Organisationen als gleichberechtigt bezw. verhandlungsberechtigt anzuerkennen und sie bei allen vorkommenden Fällen gemeinsam zu hören.“

Das ist jedenfalls ein moderner Standpunkt und wird bei allen Arbeitern und Sozialpolitikern rückhaltlose Anerkennung finden. Doch halt! Jemand, der auch noch angeblich die Vertretung der Arbeiterinteressen in Erbpacht haben will, ist fuchsteufelswild über diesen gewiß vernünftigen Beschluß der Holzindustriellen. Und das ist das sozialdemokr. Zentralorgan, der „Vorwärts“. Anstatt im Interesse der Arbeiter zufrieden zu sein, daß die Unternehmer den Herrenstandpunkt verlassen und die Gleichberechtigung der Gewerkschaften anerkennen, poltert das sozialdemokratische Zentralorgan im höchsten Unwillen folgendermaßen:

„Das geht über v. Reiszweig, der nur die Arbeiterorganisation schlechthin anerkennen wollte. Die Holzarbeiter beklagen die Anerkennung gleich auf alle bestehenden Organisationen“ der Arbeiter aus. Mein

Liebchen, was willst du noch mehr? Aber a bitter Falchheit ist bei der Lieb allewell dabei. Die Christlichen sind nämlich numerisch ganz bedeutungslos; sie dem mächtigen Holzarbeiterverbande als „gleichberechtigt bzw. verhandlungsberechtigt“ zu koordinieren, ist absurd, wenn nicht auf diese unverfängliche Weise die christliche Quertreibererei in die Arbeitervertretung lanziert werden sollen. Wenn aber vollends die Kirche, die den Scharfmachern im Frühjahr insame Judasdienste geleistet haben, ehrlich um ihr Brot kämpfenden Arbeitern als gleich- und verhandlungsberechtigter Teil aufgedrängt werden, so ist die tödlich berechnete Absicht der Unternehmer ganz klar. Deutlicher kann es den Arbeitern nicht wohl gesagt werden, daß die neue, zu Verhandlungen bereite Taktik des Unternehmertums nichts an dem Prinzip des kapitalistischen Herrtums ändert, daß sie nur ein korruptes Mittelchen ist, womit die Unternehmer bei Friedensabschlüssen dunkle Geschäfte machen wollen.“

Seit Jahr und Tag räsoniert die sozialdemokratische Presse über die Unternehmer, welche in ihrem brutalen Herrenstandpunkt nicht mit den Organisationen verhandeln wollen und mit Recht. Nun erklärt sich ein großer Unternehmerverband offen für das Verhandeln mit allen Organisationen, aber jetzt schimpft sie erst recht, weil die Unternehmer nicht ausschließlich mit der Sozialdemokratie allein verhandeln wollen. Der Vorwärts nennt das ein „korruptes Mittelchen“, um in „tückisch berechneter Absicht“ bei Friedensabschlüssen dunkle Geschäfte zu machen. Diese Charakterisierung trifft aber am allerersten auf den Vorwärts selbst zu. Er verlangt die Ausschaltung der christlichen Gewerkschaften und die Uneinberechtigung der Sozialdemokratie, wie es im Buchdruckerorganisationsvertrag beinahe erreicht ist. Die „numerisch bedeutungslosen“ Christlichen werden sich der sozialdemokratischen Tyrannei zu erwehren wissen. So leicht geht das „Schäbalein schlagen“ bei den christlichen Gewerkschaften nicht. Im übrigen müssen die Scharfmacher an dieser sozialdemokratischen Taktik ihre hellste Freude haben. Wird doch ihr Herrenstandpunkt hier von dem sozialdemokratischen Zentralorgan in der glänzendsten Weise gerechtfertigt. Sie haben immer ihre Abneigung gegen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften damit begründet, daß dies ein Zugeständnis an die Sozialdemokratie sei. Das ist gewiß in den meisten Fällen ein Vorwand, aber nunmehr können sie sich auf das sozialdemokratische Zentralorgan berufen, das offen tabelt, daß die Unternehmer bereit sind, mit Organisationen zu verhandeln, die nicht sozialdemokratisch abgestempelt sind.

Der „neutrale“ Buchdruckerverband.

Der „Arbeiter“-München Nr. 32 schreibt:

„Von der Neutralität im Buchdruckerverband, die dort mit großem Pathos immer wieder betont wird, legt ein an leitender Stelle stehender Artikel in Nr. 87 des „Korrespondent“ Zeugnis ab. Unter der trivialen Überschrift „Erste Epistel“ richtet dort ein Herr B. aus Stuttgart ohne Widerspruch der Redaktion oder Verbandsleitung folgende mehr wie religiös neutrale Aufforderung an seine Verbandskollegen:

„Ihr Brüder unter uns, die ihr noch glaubt, euer Heil in der Kirche zu finden, laßt ab von der hundertmal revidierten Lehren eurer Sprecher und werdet bloß Menschen, aber gute Menschen. Euere Religion — frei von Konfessionen — wird hernach nur um so schöner, milder in euch neu aufgehen.“

Auf diesen freigeistlichen, direkt religionsfeindlichen Ton ist die ganze „Epistel“ gestimmt und mit Büberfücht glaubt der Verfasser, wenn erst alle Verbandsmitglieder diese Ideen erfaßt hätten und danach handelten, dann bräuchten sich die Buchdrucker „um Neutralität und Kollegialität keine Sorge“ mehr zu machen. Im ersten mag er Recht haben, denn dann gibt es nur noch Gottesleugner und damit ist der Streit um die Neutralität überflüssig. Wir fragen aber, gehören derartige religionsfeindliche Ausführungen in ein neutral sein wollendes Gewerkschaftsblatt? Nein wird jeder noch halbwegs ehrliche und recht denkende Mensch antworten müssen. Daß solche Ausführungen vom „Korrespondent“ verbreitet werden, zeigt, daß er gewissenhaft im Sinne August Bebel's arbeitet, der von den freien Gewerkschaften bekanntlich verlangt, daß sie ihre Mitglieder zu überzeugten Sozialisten erziehen, ohne dabei das Wort Sozialdemokratie auch nur zu gebrauchen. Diese Tendenzen im Buchdruckerverband zeigen aber auch, wie notwendig die Schaffung einer christlichen Berufsorganisation seitens der christlichen Gewerkschaften war, um den christlich gesinnten Buchdruckern den Beitritt in eine wirklich religiös neutrale Berufsorganisation zu ermöglichen, was bekanntlich durch

die Angliederung des Gutenbergbundes geschehen ist. Die selbstberufenen christlichen Buchdrucker werden sich in Zukunft dieser Organisation anschließen, wo sie eine wirtschaftliche Interessenvertretung unter Wahrung ihrer religiösen und politischen Ueberzeugung haben.“

In Nr. 93 des „Korrespondent“ protestiert ein Mitglied des Buchdruckerverbandes aus Kempen (Rhld.) nebst 15 Mitkollegen gegen diese offensichtliche Verletzung der religiösen Neutralität. Nun endlich sieht sich auch die Redaktion gezwungen, die Freigeisterei des B. zu verurteilen. Aber man frage nicht, wie? Zuerst entschuldigt sich die Korrespondent-Redaktion mit der Abwesenheit eines Redakteurs, so daß mit halber Kraft gearbeitet und der anstößige Satz nur dadurch durchgeschlüpft sei. Dann aber schüttet die Korrespondent-Redaktion die ganze Schale ihres Hornes über die Mitglieder aus, die es wagten, gegen die höhnische Verletzung ihrer religiösen Gefühle Einspruch zu erheben. Anscheinend sei der religionsfeindliche Aufsatz den Buchdruckern aus Kempen „ein a-fündenes Freßeln“ gewesen, um mit verhängten Zügeln gegen den Antichristen anzureiten. Dann wird der christliche Buchdrucker auch noch als Heuchler hingestellt mit den Worten: „Diese Entrüstung des Kollegen B. ist zu gemacht, um ernst genommen zu werden.“ So werden die christlichen Buchdrucker eine ganze Spalte lang vom Korrespondent heruntergefanzelt, weil sie ihre Ueberzeugung in einem „neutralen“ (?) Organ zu verteidigen wagten, während der Atheist B. aus Stuttgart durch die Blume noch eine Anerkennung mit dem Hinweis auf Friedr. Schiller findet. Der Gottesleugner muß sich durch die Auslassungen der Korrespondent-Redaktion furchtbar geschmeichelt, die christlich gesinnten Buchdrucker in Kempen aber als geohrfeigte Uebeltäter fühlen und wenn die Letzteren noch ein wenig Selbstbewußtsein und Männerstolz besitzen, werden sie die Konsequenzen zu ziehen wissen.

Ein Königreich für eine Weltanschauung.

Das Organ der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, die „Westf. Post“, gibt in ihrer Nummer 32 folgende Auslassung des evang. Gemeindeblattes für die Lanzig wieder:

„Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften zeigen bisher trotz ihrer günstigen Klassenverhältnisse bei ihrem Mangel an einheitlich geschlossener Weltanschauung nicht die erhoffte Werbekraft und bleiben hinter den sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften weit zurück, sodaß sie bei einem Ausblick in die Zukunft weniger in Betracht kommen.“

Diesem bemerkt die Redaktion der „Westf. Post“ hierzu:

Gewiß hat der Verfasser recht, wenn er als die Ursache der geringen Werbekraft der Gewerksvereine das Fehlen einer einheitlichen, geschlossenen Weltanschauung anführt, aber er übersieht, daß auch in der Gewerksvereinsbewegung alle vorwärtstrebenden Kräfte auf die Schaffung einer solchen hinarbeiten. Und deshalb dürfen sie in der Zukunft doch noch ganz erheblich in Betracht kommen.

Ein größeres Armutszeugnis dürfte sich wohl noch niemals eine Organisation ausgestellt haben. Zunächst wird zugegeben, daß die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine nur eine geringe Werbekraft besitzen, das wußten wir auch so und wollen nach den letzten Jahresberichten nur noch anfügen, daß bei den meisten Gewerksvereinen die „Werbekraft“ in dem Verlußt von Mitgliedern besteht.

Was die „Weltanschauung“ anbelangt, so konnte man bisher keinen Vertreter einer anderen Organisation finden, der in so hohen Tönen die glänzenden Verhältnisse zu schildern wußte, als wie die Hirsch-Duncker'schen Agitatoren und heute stellt das eigene Organ fest, daß die gemeinsame Grundlage, ein eigentliches Grundprinzip vollständig fehlt! Dieses Eingeständnis wollen wir uns merken und wenn die Heiden wiederum den Mund so voll nehmen, ihnen ihr Ukenntnis entgegenhalten.

Wenn die Redaktion der „W. P.“ aber bemerkt, daß alle vorwärtstrebenden Kräfte auf die Schaffung einer Weltanschauung hinarbeiten, so können wir das Resultat in Ruhe abwarten. Ein altes Sprüchlein sagt, daß bei vielen Menschen der Verstand erst mit 40 Jahren käme. Dieses Alter haben die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine nun ziemlich erreicht und trotzdem ist noch keine Weltanschauung „geschaffen“ worden. Da die Herren nun zu der Aussicht gekommen sind, daß sie eine solche jetzt durch Majoritätsbeschlüsse schaffen können, wissen wir nicht,

aber das wissen wir, daß eine Weltanschauung entweder auf christlicher oder auf atheisistischer Grundlage aufgebaut sein muß. Diese Scheibung wird sich auch in den Kreisen der Hirsch-Duncker'schen vollziehen, der christlich denkende Teil wird zu den christlichen und der andere zu den sozialdemokratischen übergehen, ein Auflösungsprozeß, der schon mächtig eingesetzt hat und unaufhaltsam vorwärts schreitet. Hieran wird auch die größte Anstrengung der Führer nichts ändern.

Am besten dürfte es sein, wenn die Gewerksvereiner ein Preis aus schreiben erließen, worin sie denjenigen, der eine brauchbare Weltanschauung liefern würde, etwa ein Königreich versprochen, hierdurch würde sich die Unmöglichkeit, eine solche zu finden, ergeben und dadurch der Auflösungsprozeß bedeutend beschleunigt.

Heute so, morgen so.

Als die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ Nr. 30 eine Annäherung zwischen christlichen und gelben Gewerkschaften befürwortete, fielen eine Anzahl Sozialistenblätter mit Ketzburger über den Knochen her und verurteilten den „bösen“ Christlichen einen Strich daraus zu drehen. Die roten Schwestern, „Dortmunder und Niederrheinische Arbeiterzeitung“ leitartikelten sogleich von einem „schwarzgelben Streikbrecherbund“, schimpften frei nach Mehring über die christlichen Gewerkschaften im echten Sauherdenton und dachten gar nicht mehr daran, daß sie einige Tage vorher noch das gerade Gegenteil geschrieben hatten. Dieselben Blätter, die in ihren Nummern 175 resp. 176 die christlichen Gewerkschaften als Streikbrecher beschimpften, schrieben nämlich in ihrer Nummer 156 folgendes:

„Seit Jahren streifen die christlichen Gewerksvereine lustig darauf los oder sehen sich genötigt, den „Roten“ zur Seite zu stehen, wenn die Mitglieder bleiben sollen. 1906 sind die Gewerksvereine (die christlichen. D. G.) an 446 Streiks und Ausperrungen beteiligt gewesen, gaben den größten Teil ihrer Gelder — 853 435 Mark — für Streik- und Gemahregelunterstützung aus. Das haben sich die Gründer nicht träumen lassen.“

So viel Urteilsvermögen werden doch hoffentlich auch die großen Geister der sozialistischen Presse noch haben und doch auch ihrem „intelligenten“ Leserkreis zubilligen, um zu begreifen, daß Streikbrechervereine keine 853 435 Mk. für Streik- und Gemahregelunterstützung in einem Jahre ausbezahlen. Und daß eine Bundesgenossenschaft zwischen den christlichen Gewerkschaften und den „gelben“ Kolonnen ausgeschlossen ist, bestätigte das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“ Nr. 71, ehe der Vorschlag in der Arbeitgeberzeitung erschienen war. Er zitierte das „Evangelische Gemeindeblatt für die Lanzig“, das den „Gelben“ eine deutliche Abfage zuteil werden ließ und knüpfte daran folgende Schlussfolgerungen:

„Wir könnten nicht schärfer die Arbeitervertreter brandmarken, als es in dieser christlichen Zeitschrift geschieht. Die Macher vom Reichverband hatten zweifellos gehofft, die christlichen usw. Gewerkschaftler würden sie in ihrem Verleumdungsfeldzug gegen die freien Gewerkschaften unterstützen. Sie haben sich verrechnet und die mit dem Gelbe der wirtschaftlichen und politischen Scharfmacher ins Leben gerufenen berufsmäßigen Streikbrecherorganisationen werden nie irgend welche Bedeutung erlangen; sie werden unter der Verachtung aller ehrlichen Arbeiter erstickt werden und elend verrotten, wie sie es nicht anders verdienen — denn selbst die christlichen Arbeiter wollen nichts von ihnen wissen.“

Heute so, morgen so, wie's grad' trifft! Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.

Streiks und Lohnbewegungen.

Münch. Im Juli d. Js. traten die Kollegen der Gräflich von Bockolschen Fabriken in eine Lohnbewegung ein, gefordert wurde eine durchschnittliche Zulage von 30 Pfg. pro Tag. Die Verhandlungen zogen sich hin und her und mancherlei wurde versprochen, mit dem uns aber nicht gedient war. Deswegen wandte sich unser Bezirksleiter erneut an die Direktion, dann wurden uns auch bestimmte Zugeständnisse gemacht, welche uns aber nicht befriedigten. Am Mittwoch, den 14. August fand dann die Schlussverhandlung zwischen der Direktion und unserer Bezirksleitung statt. Es wurden Lohnerhöhungen von 10 bis 40 Pfg. pro Tag erzielt. Es ist dies innerhalb Jahresfrist eine 15 prozentige Lohnerhöhung. Ferner wurde abgemacht, daß nach Jahreschluss, spätestens aber bis 1. Juli 1908, wenn die Ergebnisse vorliegen und die Prosperität des Werkes es gestattet, jedem Arbeiter pro Tag noch 10 Pfg. ausbezahlt werden sollen. Es muß

ernannt werden, daß das Werk im letzten Jahre große Aufwendungen für neue Betriebsmaschinen usw. gemacht hat und finanziell auch nicht zu den bestfundiertesten gehört.

Kollegen von Alme! In knapp dreijähriger Zugehörigkeit zum Verbanne habt ihr durchweg durch den Verband Lohnhöhungen von 150—200 Mk. pro Jahr erhalten, es ist dies gewiß ein schöner Erfolg. Jetzt liegt es aber einzig und allein an den Kollegen, auch die Erfolge festzuhalten. Bedenkt aber auch, daß eines Tages aber auch die Zeit kommt, wo man euch die Erfolge streitig zu machen könnte. Kollegen, seid auf dem Posten! C. W.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Reaktionsfrist ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Verbohl. Bei der Firma Colmann u. Comp. stehen die Arbeiter im Streik.

Barmen. Die Klemengangschlosser stehen im Streik resp. in Aussperrung.

Gelsenkirchen. Ueber die Dreherei und Schlosserei der Firma Guckstahl- und Eisenwerke vorm. Wunscheid & Comp. ist die Sperre verhängt.

Die Klemnergehilfen stehen in einer Tarifbewegung.

Magdeburg. Die Klemnergehilfen streifen.

Düsseldorf. Bei der Firma Wölle & Comp. (Zittingewerk) sind sämtliche Schmiede und Zuschläger in den Ausstand getreten.

Snabrück. In der Gasuhrfabrik Kromschroder stehen die Arbeiter im Ausstand.

Möhlen. In den Westfälischen Stanz- u. Emailierwerken Differenzen wegen Maßregelung.

Köln. Ueber die Firma Fritz Gielow, Köln-Braunsfeld, Kunst- und Bauischlosserei, ist die Sperre verhängt.

Hasselburg. Die Arbeiter der Hesselburger Hütte, Maschinenfabrik und Eisengießerei, sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Hannover-Linden. Die Bauischlosser stehen im Streik.

Möhlen i. W. Ueber die Stanz- und Emailierwerke Gebr. Seiler ist die Sperre verhängt.

Lampertheim. Die Arbeiter der Süddeutschen Drahtindustrie Waldhof stehen in einer Lohnbewegung.

Oberhausen (Rhd.) Ueber das Zinkhüttenwalzwerk Vieille-Montagne ist die Sperre verhängt.

Hamburg. Streik der Schmiede.

Friedenthal (Siegfrieds). Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Solingen, sind sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt.

Porz (am Rhein). Auf der Abelenhütte sind Differenzen infolge schlechter Behandlung und sonstiger Mißstände ausgebrochen.

Frankfurt a. M. Die Kunst- und Bauischlosser befinden sich in einer Tarifbewegung.

Essen. Die Klemnergehilfen stehen in einer Lohnbewegung.

Düsseldorf. Zugang von Klemnergehilfen nach hier fernzuhalten, weil mehrere Meister den Tarif nicht anerkennen wollen.

Köln. Bei der Firma Utermöhle, Lugenwagenfabrik, stehen die Schmiede im Streik.

Lünen i. W. Die Kollegen der Firma W. Meier stehen in einer Lohnbewegung. Zugang von Klemnern, Schlossern und Stanzern ist streng fernzuhalten.

Nürnberg. Die Arbeiter der Fahrradattel- und Taschenfabrik Wismann stehen im Streik.

Happichteroth (Bröhlthal). Die Firma Gebr. Willech, Wöbelschloß- und -beschlägefabrik, hat ihren Arbeitern wegen Zugehörigkeit zur Organisation gekündigt.

Wülheim (Rhein). Die Schlosser der Blechwerkstelle (Betrieb IV) in der Gasmotorenfabrik stehen in einer Lohnbewegung.

München. Sämtliche organisierte Gärtler, Metall-drücker und Schleifer sind ausgesperrt.

Oberstein. Hier sind sämtliche Edelmetallarbeiter ausgesperrt.

Falken. Die Arbeiter der Draht- u. Schraubenfabrik Falken stehen in einer Lohnbewegung.

In Enschede (Holland) stehen die Metallarbeiter im Streik.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 25. August der fünfundsredrigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. August bis 1. Sept. 1907 fällig.

Die Ortsgruppe Gladbeck i. W. erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfennig wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die neuen Verbandsplakate zum Aushängen in Wirtschaften und sonstigen Lokalen wo Arbeiter verkehren, können jetzt von der Zentrale bezogen werden. Diejenigen Ortsgruppen, welche bis jetzt noch keine Plakate bestellt haben, mögen dieselben sofort bestellen, damit der Versandt möglichst einheitlich erfolgen kann. Der Preis des Plakats beträgt 60 Pfg. pro Stück einschließlich Verpackung und Porto. Die Ortsgruppen müssen die Plakate nun als Werbemittel benutzen und für genügendes Aushängen derselben Sorge tragen.

In letzter Zeit ist es vorgekommen, daß aus geringfügigen Ursachen, sogar schon aus persönlichen Reibereien, der Ausschluß von Mitglieder bei der Zentrale beantragt worden ist mit dem gleichzeitigen Verlangen, den Ausschluß öffentlich bekannt zu geben. Demgegenüber sei darauf aufmerksam gemacht, daß beim Ausschluß von Mitgliedern sehr vorsichtig, sachlich und gerecht verfahren werden muß. Vor allen Dingen soll auch der Auszuschließende vorher gehört werden, bevor er verurteilt und öffentlich bloßgestellt wird, das verlangt die Gerechtigkeit. Um eine genaue Prüfung beratiger Angelegenheiten — womöglich an Ort und Stelle — zu ermöglichen, sind die Ortsgruppenvorsände hiermit angewiesen, alle Ausschlußanträge in Zukunft der Bezirksleitung zu unterbreiten, bevor sie bei der Zentrale eingereicht werden. Aus kleinsten persönlichen Reibereien soll grundsätzlich kein Mitglied öffentlich ausgeschlossen werden. Es ist Sache der Bezirksleitungen, solche Differenzen zu sichten und einen Ausgleich herbeizuführen.

Diejenigen Ortsgruppen, welche die Abrechnung vom 2. Quartal noch nicht eingekandt haben, werden nochmals erincht, sofort abzurednen. Wo bis zum 1. September die Abrechnung noch nicht eingekandt worden ist, wird die Anweisung zur Unterhaltungsanzahlung und die Zuendung von Zeitungen und Material eingestellt. Es sollte keine Ortsgruppe mehr geben, die jetzt noch mit der Abrechnung im Rückstande ist, wo es noch der Fall, ist es ein Beweis, daß die Beitragszahlung und die Verwaltung eine mangelhafte ist.

Aus dem Verbandsgebiet.

Berlin. Ein Streiflicht über Hirsch-Duncker'sche Agitationsmethoden gemäß folgender Verammlungsbericht, den wir im „Reich“, Berlin, Nr. 251 finden. Derselbe lautet:

Die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung ist eine „Sektenbewegung“. Diese Behauptung stellte als Referent Herr Trabert, Generalratsmitglied der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung am 24. v. Mts. in Berlin auf. Die Versammlung, welche als eine Fortsetzung einer früheren Versammlung einberufen war und den Zweck hatte, den roten Metallarbeiterverband bzw. dessen Leitung für die Gründung der selben Gewerkschaften verantwortlich zu machen, ließ die Hirsch-Duncker'sche Geistesarmut in ihrer ganzen Größe erscheinen.

Etwa 500 bis 600 aus allen Vororten Berlins zusammenberufene Mitglieder waren erschienen. Wenn diese Leute, die durch ihr Erscheinen Dpferwilligkeit bekundeten, hofften, hier geistige Anregung und Ueberzeugung für die Wichtigkeit der Hirsch-Duncker'schen Bewegung zu finden, so wurden sie sehr enttäuscht.

Das ganze Referat erschöpfte sich in Kritik und Hürgeleien an anderen Verbänden. Hauptächlich wurde der rote Metallarbeiterverband kritisiert. Zu diesem Zweck scheint Herr Trabert sich vollständig in die rote Verbandsliteratur eingegraben zu haben. Verlaufs- und Erscheinungen bei dem Berliner Gärtlerstreik, der Aussperrung in der Berliner Elektrizitätsindustrie, Äußerungen sozialdemokratischer Führer über Klassenkampf, „Verbandsbremse“ und Raifeier, Wiedergabe der genossenschafts gebräuchlichen Schimpfworte gegen eigene Beamte der Gewerkschaften, Erwähnung von Terrorismusfällen und Gefinnungsähnlichkeit, Besprechung der von dem roten Metallarbeiter-Verbandsführer Schlitz angelegten Kleidung und angewandten Worte bei der Verhandlung mit den Werkschleglern in Hamburg, einzig und ausschließlich dabei Sachen bildeten den Inhalt der Rede. Den einzigen „Sichtpunkt“ bildete der Schluß. Hier meinte Herr Trabert, man könne weder eine atheistische noch christliche, weder eine sozialdemokratische noch Zentrums-„Arbeiterfrage“, es erhellere schlechweg eine Arbeiterfrage. Beide Gewerkschaftsrichtungen, sowohl die christliche

als die sozialistische, seien, weil sie Weltanschauungen vertreten nichts anderes als Sektenbewegungen. Die Hirsch-Duncker'sche Richtung sei die einzig wahre, ihr gehöre das 20. Jahrhundert.

Herr Gewerkschaftssekretär Minter, welcher sich an der Diskussion beteiligte, betonte, daß zwar die Ausführungen des Herrn Trabert der Wahrheit entsprächen, soweit sie sich auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften bezögen, aber für die Notwendigkeit und Berechtigung der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften bewiesen sie gar nichts. Nach den Ausführungen Traberts seien die H.-D.-Gewerkschaften um nichts höher zu bewerten, als Vieh- und Feuerversicherungen, die auch ihren Mitgliedern bei eventuellen Fällen eine statuarische Unterstützung zu teil werden ließen. Der Referent behandle die so überaus wichtige Arbeiterbewegung mit der größten Oberflächlichkeit. Minter verwahrt sich entschieden gegen den Vorwurf, die christliche Gewerkschaftsbewegung sei eine Sektenbewegung. Er begründet die Vertretung der christlichen Weltanschauung als unerläßlich, als konsequent und im Interesse der Arbeiter liegend. Die antichristliche Weltanschauung bringe als konsequente Folgeerscheinung die Arbeiterausbeutung und Entwertung. Der heutigen herrschenden antichristlichen Anschauung müsse die christliche entgegengesetzt werden. In dem die christliche Gewerkschaftsbewegung den Kampf um die christliche Weltanschauung, wonach der Mensch nicht als das höchstentwickelte Tier, sondern als ein nach dem Ebenbild Gottes geschaffenes Wesen anzusehen sei, aufnehme, im übrigen alle nur geseglichen Mittel zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes in Anwendung bringe, führe sie einen Kampf für die Kultur im wahrsten Sinne des Wortes. Durch fade und faule Witze suchten nachher Herr Erkelenz und andere H.-D.-Größen ihre Hilflosigkeit gegenüber den Argumenten Minters zu verdecken. Trabert meinte geistreich in seinem Schlußwort, 1870/71 seien gegen den Feind keine konfessionellen Heere formiert worden, also brauchten wir gegen den gemeinsamen Feind Kapitalismus auch keine evangelischen und katholischen Gewerkschaften. Wenn das Generalratsmitglied Herr Trabert wirklich des Glaubens lebt, die christlichen Gewerkschaften seien konfessionell und Sektierer, kann ha er seine Zeit verschlafen, dann ist es die höchste Zeit, daß er erwacht und Umschau hält, er wird dann finden, daß er Unsinn geredet hat. Wenn er aber nicht weiß, daß die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung eine interkonfessionelle Bewegung ist und verdächtigt sie trotzdem, wie er es getan, dann ist sein Verhalten erst recht unverzeihlich.

Menden. Die hiesigen Hirsch-Duncker'schen haben jetzt plötzlich das Bedürfnis empfunden, nach berühmten Mustern ihre Sache mit einem gehässigen Kampf gegen den christlichen Metallarbeiterverband zu retten und ihr erschaffenes Segel zu blähen. In der vergangenen Woche verbreiteten sie ein von Lügen und Verleumdungen strotzendes Flugblatt, worin sie zum soundsovieltenmal ihre Heldentaten beim Streik auf Rote Erde verteidigten und den christlichen Metallarbeiterverband verlästerten wollen. Die hemitleidenswerte Gesellschaft hat eben kein anderes Agitationsmittel, deshalb nagen sie immerfort an diesem Knochen. Ihnen wird's wenig helfen, und noch weniger schaden. In unserer am 4. August statt gefundenen Mitgliederversammlung wurde das H.-D.-Flugblatt vom Kollegen Hamer einer näheren Beleuchtung unterzogen. Die verlogenen Behauptungen und dreiften Entstellungen des Nachwerkes sind übrigens so plump, daß es die eigenen Anhänger der H.-D. selbst nicht glauben, was ihnen von ihren Führern geboten wird. In Menden werden die Verbreiter des schmutzigen Phamplets das Gegenteil von dem erreichen, was sie beabsichtigt haben.

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß die H.-D. sobald eine Organisation einen Lohnkampf beendet hat sich als billiger Jakob und die wahren Arbeitervertreter anpreisen, um im Trüben zu fischen. So auch hier in Menden. Nachdem die christlichen Bauarbeiter einen glücklich geführten Lohnkampf beendet und so auch die Organisationsgefühl der Metallarbeiter erfreulicherweise erwacht ist, kommen die H.-D. und wollen ernten, wo sie nicht gesät haben. Zu feige, um in der Öffentlichkeit aufzutreten, versuchen dieselben es durch das Lügenflugblatt, den christlichen Metallarbeiterverband bei den Arbeitern in Mißkredit zu bringen. An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen. Auch die hiesigen H.-D. erkennen man an den Früchten, wie folgende Beispiele zeigen. Die seit zwei Jahren hier im Verborgenen blühende Ortsgruppe der H.-D. hat ihre Anhänger meistens auf einer kleinen neugegründeten Fabrik (Besteckfabrik von Bolmer und Niedenstadt). Ein örtlicher Führer der H.-D. sollte vor kurzem aus seinem früheren Wohnorte Verbohl, wo die Arbeiter bei einer gleichen Fabrik streifen, ein paar Schleifer nach hier holen. Dieses forate er auch, brachte aber gleicher Zeit, obwohl in

Ofen leer war, einen Steher mit. Dieses Manöver war zu durchsichtig, die H.-D.-Größe wollte in echter Kollegialität unseren Vertrauensmann, Kollege A., welcher dort am Gießen war, verdrängen. Glücklicherweise hatte der Chef der Firma kein Verständnis für eine solche Kollegialität; unser Kollege blieb. Noch ein anderes Beispiel zeigte so recht diesen Häuptling der H.-D. in seiner ganzen Größe. Um sich bei dem Chef lieb Kind zu machen, ging dieser Held vor kurzem nach dem Chef hin und sagte, die Ware, welcher sein Nebenarbeiter, welcher auch wie er Schleifer ist, abgeliefert hätte, sei nicht zu gebrauchen. Auch hierfür zeigte der als gerechter Arbeitgeber bekannte Chef kein Verständnis und die Liebesmüh des H.-D. „Arbeitervertreter“ war vergebens. Der auf so erkärmliche Weise von seinem Mitarbeiter verratene Schleifer war dabei auch noch Mitglied des H.-D. Gewerksvereins. Besagter Kollege trat aber mit mehreren anderen nach dieser Heldentat ihres Führers aus dem Gewerksverein aus. Kollegen, welche Gelderei würden die H.-D. erheben, wenn ein christlicher Führer so gehandelt hätte? Aber dieser Herr bleibt trotzdem eine der Hauptleuchten der hiesigen H.-D. und versteht es vorzüglich, auf die Christlichen zu schimpfen. Bei uns wäre ein solcher Held direkt ausgeschlossen worden. Anders bei den H.-D. — Kollegen, wolt ihr nicht von euren eigenen Größen verraten werden, so schließt euch dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband an.

Böhrenbach (Schwarzwalb). Metallarbeiter organisiert euch, so erging schon öfters und besonders während der ganzen Zeit der Bewegung, die Mahnung an die noch fernstehenden Metallarbeiter. Bei verschiedenen Ortsgruppen des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes sind dieselben in großer Anzahl beigetreten. Aber in unterm Industriestädten wollen sie die e Notwendigkeit nicht begreifen, denn viele sagen sich, bel uns in Böhrenbach kommt es zu keiner Ausperrung, andere sagen sich wieder, ich halt es auch mal ein paar Wochen aus, andern kostet es zu viel Geld, wenn nur das Beitragszahlen nicht wär, bessere Verhältnisse könnte man schon brauchen. Andere denken sich wieder, die haben ganz recht, sie sollen sich nur wehren, wenn etwas raus schaut, gut dann nehmen wir ganz gerne Anteil, aber zuerst Opfer bringen, das will ihnen nicht einleuchten. Ja freilich, gesagt ist es leicht, aber gefehlet Falles, es käme und würde mal die Ausperrung über unsere Arbeiter auf längere Wochen verhängt werden, ob dann nicht mit der Zeit ernstere Anschauungen und Gedanken aufstünden würden. Es gibt ja auch Arbeiter, welche für die Gewerkschaften großes Interesse zeigen, aber leider ist in vielen Fällen die Frau das Hindernis, die den Mann zurückhält. Die Frau soll allerdings in Familienangelegenheiten auch ein Wort mitreden. Aber der Mann soll doch der Hauptfaktor in einer Familie sein und zunächst wissen, was notwendig ist. Er muß Tag für Tag seine Arbeitskraft einsetzen, um seine Familie ehrlich zu ernähren und somit hat er auch das Recht, ja er muß es als Pflicht betrachten, Mittel und Wege zu suchen, daß bei den jetzigen teuren Lebensverhältnissen seine Arbeit besser entlohnt wird und dies kann nur geschehen, wenn sich alle Arbeiter organisieren und dem christlichen Metallarbeiterverband beitreten. Der Friede und die Ruhe unter den Arbeitern auf dem Schwarzwalb, bezügl. der Lohnverhältnisse, ist von den Arbeitgebern so hergestellt worden, daß über kurz oder lang wieder ein Kampf ausbrechen kann und vielleicht sind wir dann die ersten, welche damit betroffen werden. Werte Kollegen! Die vergangene Bewegung auf dem Schwarzwalbe hat uns wiederum gezeigt, daß noch größere Opfer gebracht werden müssen, um allen Stürmen gewachsen zu sein. Da nun schon verschiedene andere Verbände den 60 Pfennig-Wochenbeitrag eingeführt haben und dasselbe schon bereits in sämtlichen Zahlstellen des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes geschehen ist, so wollen wir auch nicht die letzten sein.

In einer ziemlich gutbesuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung am 28. Juli wurde über die Notwendigkeit und Einführung eines Ortsbeitrages verhandelt. Kollege Krieger aus Freiburg bewies in überzeugenden sachlichen Ausführungen die Notwendigkeit des 60 Pf.-Wochenbeitrages, denn nur durch eine gut gefüllte Lokalkasse kann jedem einzelnen Kollegen in besondern Fällen unter die Arme gegriffen werden. Dieser Antrag wurde sodann von sämtlichen anwesenden Kollegen mit Wirkung vom 1. August 1907 einstimmig angenommen. (Bravo! Hb.). In der Hoffnung, daß alle unsere Kollegen dem Beschluß nachkommen, treu und fest zur guten Sache halten, wurde die Versammlung geschlossen. Jetzt aber darf von unsern Mitgliedern erwartet werden, daß sie ihre Anstrengungen in der Agitation verdoppeln, um neben der finanziellen Kräftigung die Zahl der Mitglieder unserer Ortsgruppe kontinuierlich zu vermehren.

Dann noch eine Mahnung, nämlich, pünktlich die Beiträge zu entrichten, denn dadurch wird das Zahlen viel leichter sein und durch das regelmäßige Bezahlen, kann man den Kassierer die halbe Arbeit ersparen. Dann noch was sehr notwendig ist, fleißig die Versammlungen besuchen, das Verbandsblatt gründlich studieren, denn nur durch gut geschulte Mitglieder, welche den Wert einer Organisation zu schätzen wissen und was noch die Hauptsache ist, gut ausgebaute Kasienverhältnisse, kann die wirtschaftliche Lage auf dem Schwarzwalb für die Arbeiter gebessert werden. Kollegen, die gewerkschaftliche Parole soll sein: Vorwärts immer, rückwärts nimmer.

St. Ingbert. Seit einem Jahre haben die Metallarbeiter in St. Ingbert sich dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband angeschlossen. Die große Mehrzahl der Arbeiter auf dem Eisenwert Krämer sind Mitglied und unsern Kollegen muß das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie besonnen ihr Ziel verfolgen. Auch in St. Ingbert hat es nicht an Versuchen gefehlt, Verwirrung unter den christlichen Arbeitern anzurichten. Maßregelungen und Verlegen der Arbeiter an schlechter bezahlte Stellen haben aber keine Unruhe hervorgerufen unter den organisierten Arbeitern. Als besonnene Männer sagten sie sich: „Wir kommen doch zum Ziel, wenn es auch Opfer kostet.“ Für jeden einsichtigen Arbeiter ist es gewiß, daß die Unternehmer des Saarreviere noch vieles versuchen werden, um ihre alte Feudalherrschaft wieder zu erobern. Diejenigen Arbeiter zählen die Kosten dieses Versuches, welche heute noch glauben, ein Almosen genüge zur Verbesserung der Lage des Arbeiterlandes. Gerade die am meisten verschuldeten Arbeiter, bleiben der Organisation fern. Die organisierten Arbeiter in St. Ingbert sehen heute schon weiter und ernten wieder neue, wenn auch bescheidene Früchte ihrer Ausdauer.

Ganz so leicht ist nun der neueste Erfolg der christlich organisierten Metallarbeiter in St. Ingbert nicht errungen worden. Auf dem Eisenwert Krämer sind zwei Abteilungen; ein altes und ein neues Werk. Das alte Werk ist nicht so ausnahmslos organisiert wie das neue. Auf diesem alten Werk erschien, nachdem schon einige Tage vorher allerlei gemunkelt worden war, ein Anschlag, daß andern Tags, also innerhalb 24 Stunden, ein Arbeiterauschluß gewählt werden sollte. Die Werksleitung erlaubte sich natürlich auch Vorschläge zu machen (natürlich nur unorganisierte Werkskandidaten) und den Arbeitern wurde zu wissen getan, daß die Gewerkschaftssekretäre durch den Arbeiterauschluß überflüssig seien. (!) Es sollte aber anders kommen; die christlich organisierten Arbeiter sind der Ansicht, daß ohne Organisation und ohne Unterstützung durch die Gewerkschaftssekretäre der Arbeiterauschluß hilflos ist. Darum wählten die Arbeiter im alten Werk nicht die von der Hütte, sondern die von dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband vorgeschlagenen Kandidaten. Wenn auch die Wahl etwas nach Ueberrumpelung ausfiel, so wurden doch von den 13 Ausschlußmitgliedern 11 aus den Reihen der christlichen Gewerkschaftler gewählt. Ein Bravo den wackeren Arbeitern aus St. Ingbert! Die Zukunft wird es lehren, daß der Unternehmer sich mehr verlassen kann auf seine organisierten Arbeiter als auf Almosenvereiner, die dorthin laufen, wo ihnen die dicksten Brocken umsonst gegeben werden. Den Beweis für deren Unzuverlässigkeit hat kürzlich ein Fest der Unorganisierten im Ludwigs-park, wo diese Geister anfangen zu revolutionieren, weil das Almosenfutter nicht schnell genug verabsolot wurde.

Diejenigen Werke aber, welche dem Beispiel von St. Ingbert folgen und nach dem Wunsch unseres obersten Landesherrn Arbeiter wählen lassen, welche das Vertrauen ihrer Mitarbeiter besitzen, sind für die Zukunft am besten gesichert. Gebe man dem christlichen Arbeiter seine Gleichberechtigung und einen gerechten Lohn. Dann ist die Industrie unserer Saargegend gut gestellt. Ein solches Entgegenkommen bringt bei dem vernünftigen Sinn des größten Teiles der Arbeiterschaft Früchte, welche im Interesse unseres Vaterlandes liegen. Freie, zufriedene Arbeiter sind die Vorbedingung für den sozialen Frieden!

Mülheim-Ruhr. Ein Teilnehmer der Feuerarbeiter-Konferenz am 11. August, schreibt dem „Echo vom Niederrhein“ folgendes: Ein ernstes Wort an die Hütten- und Walzwerksarbeiter hat am vorigen Sonntag die vom christlichen Metallarbeiterverband abgehaltene Konferenz in Duisburg gesprochen. Die hatte, durch die lange 12stündige Schicht die menschlichen Kräfte übersteigenden Arbeit dieser Leute, vielfach noch verbunden mit Mißständen, die einfach nicht wiederzugeben sind, wurden auf dieser Konferenz, an der verschiedene Reichstagsabgeordnete, der Gewerbeinspektor ujm. teilnahmen, vor aller Öffentlichkeit bloßgelegt. Wir waren stille Zuhörer der Verhandlungen und müssen gestehen, so etwas hatten wir nicht für möglich gehalten. Und so wie uns wird es bei weiteren Veröffentlichungen überhaupt wohl ergehen — sie sieht diese marfanthen Kräftigen und hoch wieder müden und abgeplagten, mit Ruß und Schweiß bedeckten Ar-

beitsgestalten nach Schicht auf der Straße an sich vorübergehen, aber der Fernstehende ahnt nicht, was für ein Stück Arbeit diese Armen hinter sich haben. Wir folgten den Kongreß-Verhandlungen aufmerksam, nichts entging uns, aber das bedeutendste Wort dieser so großartigen Kundgebung prägte der Verbandsvorsitzende Wieber, indem er ausrief:

„Das beschämendste und tieftraurigste ist, daß hunderte tausende von Metallarbeitern bei unseren fortgeschrittenen kulturellen und industriellen Verhältnissen sich eine solche Arbeitsweise gefallen lassen.“

In der Tat, so ist es! Wenn man sich doch endlich aufrufen wollte zur energischen Abwehr, wenn diese Arbeiter doch endlich selbst an der Verbesserung ihrer erbarmungswürdigen Lage mit Hand anlegen wollten, wenn sie endlich begreifen wollten, daß es für sie und für ihre heranwachsenden Söhne nur dann erst besser wird, wenn sie sich selbst helfen. Das Ballen der Faust in der Tasche und das Raufonnieren hinterm Biertisch hilft nichts, — das einzigste Mittel um Abhilfe zu schaffen, das ist die Organisation. Durch den Druck der Organisation wird die Gesetzgebung zugunsten dieser Arbeiter gefügiger, wie auch nur durch den Druck der Organisation die Unternehmer sich erfahrungsgemäß zur Abschaffung von Mißständen herbeilassen. Ist es zum Beispiel nicht eine geradezu hervorragende Tat der Organisation der christlichen Metallarbeiter — des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes — eine oben erwähnte Konferenz abzuhalten, an der zahlreiche Reichstagsabgeordnete, Vertreter der Presse usw. teilnahmen und wo die der Welt bisher unbekanntesten Arbeitsverhältnisse der Hütten- und Walzwerksarbeiter vor aller Öffentlichkeit klargestellt werden, um zu beweisen, so kann es nicht weiter gehen, hier muß das Gesetz helfen? Und kann man es da begreifen, daß hunderte, tausende von Metallarbeitern, in deren Interesse dieses geschieht, einer solchen Organisation, einer solchen Bewegung nicht beitreten!? Als wir uns am Morgen des Tages der Konferenz um 9 Uhr am Bahnhof einfanden, um uns mit noch einigen unserer Gesinnungsgenossen zu derselben nach Duisburg zu begeben, getragen von dem Bewußtsein, heute ein volles Werk christlicher Menschenliebe zu verrichten, sahen wir auf dem Bahnhof eine Anzahl Metallarbeiter hiesiger Werke. Dieselben gehörten einem Dilletanten-Verein an und beteiligten sich heute an einem „Wettstreit“. Außerdem beobachteten wir, wie in dieser Periode regelmäßig des Sonntags, zahlreiche Arbeiter, zunächst jüngere, mit Turnkostümen, um ebenfalls ein auswärtiges Fest mitzufeiern und an wie vielen Orten mochten nicht — so dachten wir — noch Gesangwettstreite, Rad-fahremettstreite zc. stattfinden. Uns beschlich bei solchen Erwägungen ein eigenartiges Gefühl, des Erfolges — und doch wieder des Mitleids. Drei, vier und fünf Mark und mehr von ihrem sauer verdienten Lohne werden von solchen Arbeitern oft an einem einzigen Sonntage für derartige zum Teil unnütze und für manchen sogar schädliche Zwecke ausgegeben, aber für die Sache werktätiger Nächstenliebe für die Organisation, für den christlich-sozialen Metallarbeiterverband erübrigen die meisten nicht einmal 60 Pf. jede Woche. Hütten- und Walzwerksarbeiter, wachet endlich auf! Hinein in den christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband! Erkennete eure Lage!

Aus Saarabien. In dem soeben erschienenen Jahresbericht der Saarbrücker Handelskammer, deren geistiger Berater, der bekannte Syndikus Dr. A. Tille ist, kann derselbe es sich nicht versagen, dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband noch einmal einen Fußtritt zu versetzen. In dem Bericht über die allgemeine Lage im Bereiche des Handelskammerbezirks schreibt er: „Trotzdem die Löhne erhöht wurden, ist eins der größten Hüttenwerke des Bezirkes von einem Auslande betroffen worden, bel dem es sich jedoch nur um die Nachfrage handelte. Derselbe fiel jedoch in wenigen Tagen zusammen, da die Mittel zur Unterhaltung der Ausständigen nicht vorhanden waren.“

Daß hier der Streik auf der Burbacher Hütte gemeint ist, dürfte jedem Kollegen klar sein. Herr Tille schreibt, es hätte sich bei diesem Streik lediglich um die Nachfrage gehandelt. Das stimmt nicht, denn der Streik auf der Burbacher Hütte war nichts anderes als eine elementare Erhebung der Arbeiter gegen ein brutales Unterdrückungssystem, welches denselben das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht streitig machen wollte. Es ist dies im Verbandsorgan und anderen Zeitungen genug betont worden, sodasß dies jeder und auch Herr Dr. Tille wissen muß. Sollte dieser Herr nicht wissen, daß auch heute noch so mancher Scharfmacher im Saarrevier mit allen Mitteln den Arbeitern ihr heiligstes Recht, ihr Koalitionsrecht unmöglich zu machen sucht? Wie mancher Arbeiter wird brokos gemacht, weil er sich einer Organisation angeschlossen hat. Weder das Alter noch die Invalidität der Arbeiter wird berücksichtigt. Herr Dr. Tille ist ja über die Grenzen unseres Vaterlandes

berannt geworden, weil er ja das berühmte Wort geprägt hat: „Das Geschwätz von den Menschenrechten gehört in die Rumpellammer“.

„Wenn der Mensch mit der Tierwelt einen Stammesbaum hat, wenn seine Ahnen und die Ahnen der heutigen Tiere die gleichen sind, dann bleibt für das logische Denken keine Stelle mehr übrig, an der ihm durch einen abernatürlichen Eingriff besondere Rechte verliehen sein können, dann sind alle Rechte, welche Menschen anerkennen, entstandener, erworbener Natur.“

In das System des Herrn Dr. Tille ist jedoch durch den Kampf auf der Burbacher Hütte eine Bresche gelegt worden, nämlich in das System der Bevormundung und Entrechtung, welches von rücksichtslosen Scharfmachern aufgerichtet wurde und den Arbeiter auf die Stufe des Arbeitstiers stellte.

Bromberg. Anlässlich des Scheidens unseres bisherigen Vorsitzenden, Kollegen K. Nolte, welcher Anfang August cr. nach Brandenburg a. H. übersiedelt, fand am Sonntag, den 28. Juli eine außerordentliche gut besuchte Versammlung zwecks Neuwahl des Vorstandes statt.

Schw. Gemünd. Schmählich benutzte hat ein hiesiger Arbeitgeber S. einen unserer Kollegen, als er bei einem andern Fabrikanten um Arbeit vorsprach.

Die Arbeiterchaft von Gemünd wird jedenfalls dem Herrn S. den Dank für diese unedle Handlungsweise per Gelegenheit absetzen.

Meckernich (Eifel). Am Dienstag, den 13. August fand hier selbst im Lokale Klein, eine Hütten- und Metallarbeiterversammlung statt. Kollege Sämitz-Cöln berichtete über die in Duisburg am 11. August stattgefundene Hütten- und Feuerarbeiterkonferenz.

Hüttenleben. Ein großer Teil der hiesigen Metallarbeiter lebt gleichgültig in den Tag hinein, als ob die Organisation für sie gar nicht notwendig sei.

Nürnberg. Zum Kapitel „Grenzfreitigkeiten“ schrieb die Gewerkschaftsstimme Nr. 32 unter anderem: „Meinte doch der Verkaufsbeamte Konrad, um 300 Vergarbeiter in Süddeutschland brauche der Gewerkschaftsverband auf.“

Literarisches. Theorie und Praxis des Korporativ-Vertrages. Je mehr sich die Tarifverträge in den Gewerben einbürgern, desto mehr wendet sich die Aufmerksamkeit der an ihnen interessierten und sie wissenschaftlich betrachtenden Kreise dem inneren Wesen dieser Abmachungen zu.

Briefkasten. Kollege S., Freiburg. Es ist uns nicht möglich, spaltenlange Berichte über allgemeine Gewerkschaftsversammlungen aus Tagesblättern im Organ zum Abdruck zu bringen.

Die Arbeiterchaft von Gemünd wird jedenfalls dem Herrn S. den Dank für diese unedle Handlungsweise per Gelegenheit absetzen.

Berichte von Versammlungen unseres Metallarbeiterverbandes beschränken. Erstreckt ist, daß ihr dort jetzt in der Tagespresse mehr Unterstützung findet.

Sterbetafel.

Schramberg. Am 29. Juli starb unser Kollege August Langenbacher an einem Lungenleiden. Bochum. Am 17. August starb unser Kollege Albert Breer infolge eines Absturzes vom Dach im Alter von 23 Jahren.

Versammlungs-Kalender.

- Barmen. Die ordentlichen Mitgliederversammlungen finden jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, morgens 11 bei Dapper Oberdüren 69, statt. Nächste Versammlung am 25. d. M. Bochum. Sonntag, den 25. August, nachm. 3 Uhr Mitgliederversammlung bei Fuppert, Alleestraße. Bottrop. Unsere Versammlung findet am 25. August, nachmittags 2 1/2 Uhr bei Trogemann statt.

Mehrere tüchtige Hüttenarbeiter finden lohnende und dauernde Stellen in Lothringen. Kollegen, die gewillt sind, hierher zu verzehren, wollen sich melden an Emil Engel, Gewerkschaftssekretär, Diebholzen in Loth., Metzstraße 19.

Energischer, tüchtiger Meister

welcher in der Zieherei von Kofren und Profleisen durchaus vertraut ist, wird per 1. 10. a. c. gesucht. Derselbe muß auch Erfahrung in der Herstellung der erforderlichen Werkzeuge etc. haben. Offerten sind unter W. J. C. an die Geschäftsstelle unseres Verbandes zu richten.

Riepenferl-

Tabake sind allen voraus!

1/2 Pfd.-Patete à 20 Pfg. bis 1 Mark.

Überall künstlich!

Alleinige Fabrikanten:

Oldenkott-Rees.